



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
28. Jahrgang | Nr. 3 / 2023

In Würde altern und Teilhabe ermöglichen

Zum Welttag gegen Diskriminierung älterer Menschen

Zum diesjährigen Welttag gegen Diskriminierung und die Misshandlung älterer Menschen am 15. Juni erklärt Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität: „Der demographische Wandel mit dem gestiegenen Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft macht es notwendig, die Lebensbedingungen dieser Generation in den Blick zu nehmen. Vor allem der Einsatz gegen die steigende Altersarmut darf nicht abbrechen, um ein Alter in Würde und mit Teilhabe zu ermöglichen!“

Altersarmut wird von Verbänden, Politik und Medien immer wieder angesprochen, doch leider verbessert sich die Situation nicht. Im Gegenteil: Mehr als ein Sechstel aller über 65-Jährigen in Deutschland ist armutsgefährdet. Laut einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes stieg die Armutsgefährdungsquote in dieser Altersgruppe von 2018 bis 2021 von 14,7 Prozent auf 17,4 Prozent. Bei den über 80-Jährigen sind es laut Studie „Hohes Alter in Deutschland“ des Bundesseniorenministeriums sogar 22,4 Prozent.

„Wenn mit dem Renteneintritt der finanzielle Abstieg kommt, ist der bisherige Lebensstandard kaum noch



Foto: Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Susanna Karawanskij,
Präsidentin der Volkssolidarität

zu halten. Bisher selbstverständliche Dinge können plötzlich unbezahlbar werden: der vertraute Wohnraum, Essen gehen mit Freund*innen, ein Paar gute Schuhe, die Urlaubsreise. Dieser Ausschluss wirkt sich nicht nur negativ auf das Wohlbefinden aus, sondern wird zusätzlich als Diskriminierung empfunden. Dass das Erreichen eines hohen Lebensalters selbst ein Risikofaktor für Armut ist, ist unfassbar, damit werden bestehende Ungleichheiten zusätzlich verstärkt“, mahnt die Präsidentin Susanna Karawanskij.

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

Bundesfinanzminister Christian Lindner kündigte den Bürgern des Landes weitere Einschnitte beim Wohlstand an. Dabei scheint es große Unterschiede bei den Einschnitten zu geben. Beamte, Pensionäre und die Bundesregierung erhalten einen steuerfreien Inflationsausgleich von 3000 Euro. Die Rentner jedoch nicht. Die Beiträge zur Pflegeversicherung wurden erhöht. Rentner müssen allein den Gesamtbetrag aufbringen. Eine sinnvolle Deckelung des stark gestiegenen Eigenanteils bei stationärer Pflege ist in weiter Ferne. Der Anteil der zu Pflegenden, die Sozialhilfe beantragen müssen, steigt nach der letzten Erhöhung der Eigenanteile rasant. „Pflege in Not“ ist eine ernst zu nehmende Aktion des ambulanten Pflegepersonals. Eine halbe Million junger Menschen in Deutschland pflegt kranke und pflegebedürftige Angehörige. Was muten wir diesen jungen Menschen zu? Ostdeutsche Rentner werden für den Netzausbau zur Weiterleitung der erneuerbaren Energien zusätzlich zur Kasse gebeten. Lebensmittel und Energie sind trotz einer vorübergehenden Abschwächung Preistreiber. Gesunde Ernährung muss man sich leisten können. Im ländlichen Raum ohne ÖPNV ist das Auto für Ältere ein wichtiges Verkehrsmittel ohne Pendlerpauschale oder Dienstwagenprivileg. Geeigneter kostengünstiger und altersgerechter Wohnraum ist nach wie vor Mangelware. Darüber reden wir schon seit der Enquetekommission „Älter werden in M-V“ und mehreren Altenparlamenten. Wir verkennen nicht, dass jedes vierte Kind arm ist, aber die Kindergrundsicherung „wichtigeren“ Dingen geopfert wird. Einschränkungen gibt es auch bei Studierenden. Soll so Chancengleichheit gefördert werden? Ist das der Umgang mit den künftigen Fachkräften? Da, wo es „Verlierer“ gibt, gibt es auch Gewinner. Das sind die Eigentümer und Aktionäre der Lebensmittel- und Energiekonzerne sowie besonders die Lobbyisten und Aktionäre der Rüstungskonzerne. Wie bei den Maskendeals in der Coronapandemie sind auch hier Bundestagsabgeordnete zu erwarten. Freuen wir uns nach der „üppigen“ Rentenerhöhung im Juli über das 29,00 Euro-Seniorenticket, mit welchem wir nun überall hinreisen und im ÖPNV kräftig sparen können. Ich wünsche den Leserinnen und Lesern alles Gute und künftig noch viel Durchsehvermögen.

Bernd Rosenheinrich,
Vorsitzender des Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	3	Gemeinsam mit Betroffenen forschen
Seite	14	Sicherheit im Straßenverkehr – ein Leben lang!
Seite	20	Aus Landkreisen und Städten

Ausgezeichnete Lebensqualität **TROTZ DEMENZ**

Eine Demenzerkrankung stellt einen erheblichen Einschnitt in das Leben von Betroffenen und Angehörigen dar. Immer mehr Menschen leiden unter dieser Erkrankung, die dazu führt, dass viele Dinge in Vergessenheit geraten. Deshalb bedürfen sie einer besonderen Pflege und Betreuung.

In den Vitanas Senioren Centren in Schwerin gibt es spezielle Wohnbereiche, die einen Schutzraum für die Bewohnerinnen und Bewohner bieten, in dem sie sich besonders wohl und sicher fühlen können.

Unsere Pflegegrundsätze sind anspruchsvoll und die Pflegekräfte speziell geschult. Der Umgang mit demenziell erkrankten Menschen ist bereits in der Ausbildung zur Pflegefachkraft ein wesentlicher Bestandteil.

MELDEN SIE SICH JEDERZEIT BEI UNS.

Dafür hat Vitanas eigens Projekttagge rund um das Thema Demenz eingeführt, die nun im Vitanas Senioren Centrum erstmals stattfanden. Zwei Tage voller Wissen und praktischer Übungen erwarteten die 12 teilnehmenden Auszubildenden. Am Ende waren sich alle einig: „Das war eine rundum gelungene Veranstaltung.“

Die Schweriner Vitanas Senioren Centren sind mit dem international anerkannten Qualitätssiegel des ENPP (Europäisches Netzwerk für psychobiographische Pflegeforschung) in der Demenzbetreuung ausgezeichnet. Wir sind für Sie da. Melden Sie sich jederzeit bei uns.



Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pffaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

Das System der Pflegeversicherung trägt ebenfalls dazu bei, dass die Lebensqualität der meist älteren Pflegebedürftigen sinkt, wie Susanna Karawanskij erklärt: „Die Eigenanteile und Zuzahlungen zur Pflege steigen immer mehr, dadurch werden Menschen mit wenig Einkommen oder

Rücklagen in die Sozialhilfe getrieben. Zunehmend nehmen sie notwendige Leistungen nicht in Anspruch oder verzichten gar auf Existenzelles, wie Essenlieferungen. Diese Einschränkung der Lebensqualität älterer Menschen ist diskriminierend. Damit muss Schluss sein. Wir müssen an die Ursachen ran, Renten müssen ausreichen für die Sicherung des Le-

bensstandards im Alter sein! Die Pflegeversicherung muss so reformiert werden, dass Pflege keine Armutsfalle wird. Wir fordern den Bundesgesundheitsminister auf, dafür eine Bürger*innenversicherung mit Abdeckung aller Pflegerisiken auf den Weg zu bringen!“

Volkssolidarität
Bundesverband e. V.

Gemeinsam mit Betroffenen forschen

Können Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen Forschende sein?

Hintergrund:

Ja! Auch Menschen mit Demenz und deren Angehörige können wertvolle Beiträge für die Forschung liefern und das nicht nur als Befragte.

Sie können als Expertinnen und Experten durch die erlebten Erfahrungen im Verlauf ihrer Erkrankung eine große Menge an hilfreichen Wissen beisteuern.

Dieses Wissen fehlt den Forschenden mitunter. Der Prozess, wenn Betroffene in der Forschung zu ihrer Erkrankung arbeiten, nennt sich Partizipative (teilnehmende) Forschung. Dass diese Form der Beteiligung wissenschaftliche Ergebnisse deutlich verbessern kann, ist international bereits bewiesen und anerkannt. In Deutschland fehlt es derzeit noch an den notwendigen Strukturen.

Diesem Mangel wollen wir mit dem PART-Projekt ein Stück weit Abhilfe schaffen und stellen uns der besonderen Herausforderung Partizipative Forschung im Bereich Demenzforschung sowie forensischer Psychiatrie zu fördern.

Ziel:

Unser Ziel ist es daher, ein Patienten- und Öffentlichkeitsbeteiligungsgremium oder kurz „PART-Beirat“ in Rostock zu entwickeln und zu bewer-

ten. Dieser würde die Aufmerksamkeit für die öffentliche Beteiligung an der medizinischen Forschung unterstützen und fördern.

Mit dem PART-Beirat möchten wir gemeinsam viel erreichen und langfristig das Leben der Betroffenen verbessern.

PART-Beirat:

Der PART-Beirat wird z. B. Forschende, Patienten-, Patientinnenvertretungsgruppen, Angehörige, Ärzte und Pfl-



Universitätsmedizin
Rostock

gekräfte regelmäßig zusammenbringen, um ihre Meinung und ihre Erfahrung zu einem aktuellen Thema zu besprechen und gemeinsam Forschungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

Zu Beginn liegen die Schwerpunkte im Bereich Demenz und Forensik. Im themenspezifischen Beirat ‚Demenz‘ werden z. B. Menschen mit Gedächtnisstörungen und ihre Angehörigen aktiv sein.

Menschen mit gelebter Erfahrung werden mit Forschenden in allen Phasen des Forschungsprozesses zu-

sammenarbeiten. Dies kann bedeuten, dass sie:

- mit auswählen, welche Themen wichtig sind,
- mit entscheiden, wie das Forschungsprojekt durchgeführt werden soll,
- mit gestalten, wie Informationsmaterialien für Betroffene sein sollen,
- mit nachdenken, was die Ergebnisse bedeuten und helfen diese zu verbreiten.

Dadurch trägt der PART-Beirat dazu bei, dass die Probleme von Betroffenen in der Forschung stärker berücksichtigt werden und die Forschung zukünftig näher zu ihnen gebracht wird.

Die Betroffenen entscheiden wie oft und wobei sie sich einbringen.

Projektphasen:

Das Projekt lässt sich in 3 Projektphasen unterteilen.

In der **ersten Phase** erarbeiten wir Organisationsstrukturen, Schlüsseldokumente, sammeln Vorwissen, z. B. mit Hilfe eines Fragebogens oder Übersichtsarbeiten zu bestehender Literatur, und verbreiten Informationen zum PART-Projekt (Abbildung 1).

Fortsetzung auf Seite 4

Projektphasen „PART“-Projekt

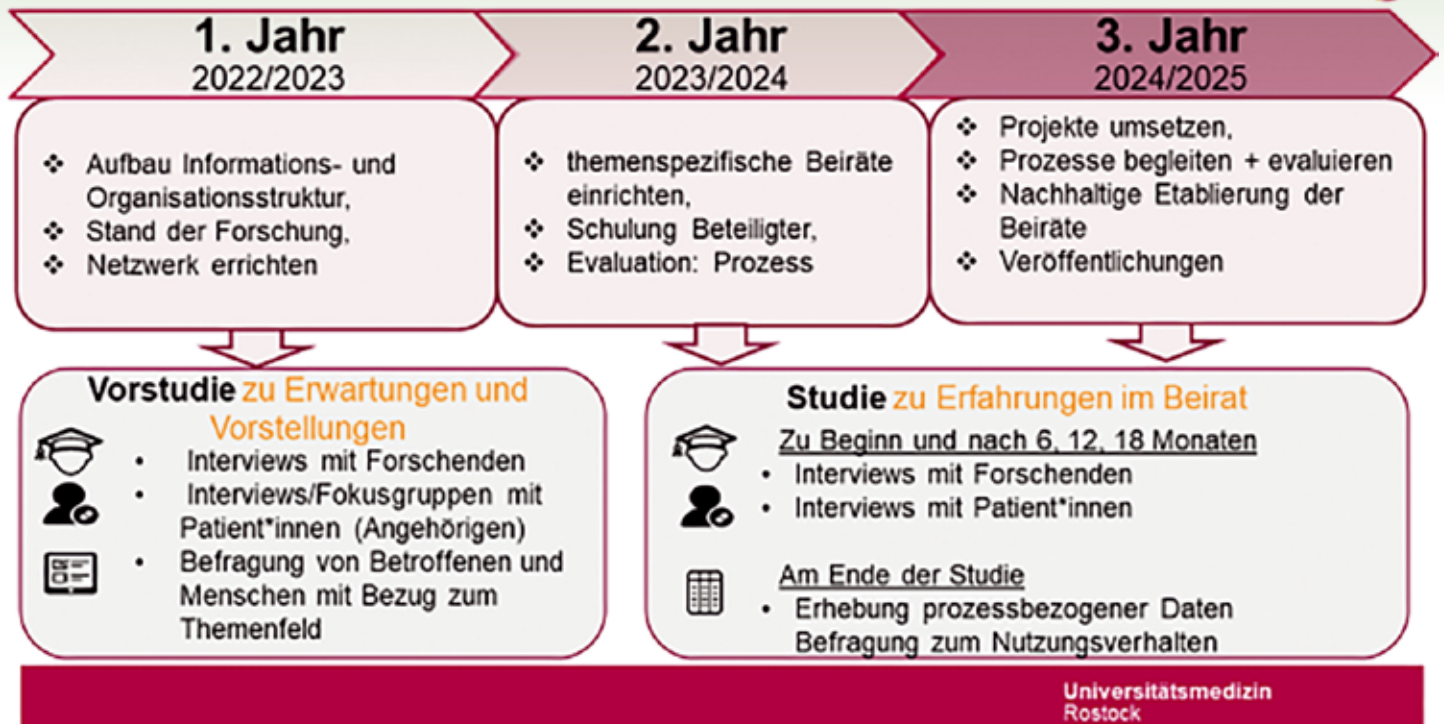


Abbildung 1: Projektphasen „PART“-Projekt

In der **zweiten Phase** gründen wir themenspezifische Beiräte, z. B. neurodegenerative Erkrankungen, und schaffen dadurch Kontakträume für Menschen mit gelebter Erfahrung und Forschende.

In der **dritten Projektphase** soll der übergeordnete PART-Beirat entstehen, die Anzahl der in den Beiräten betreuten Projekte erhöht werden sowie die Arbeit und Ergebnisse der Beiräte evaluiert und präsentiert werden.

Die Projektphasen werden durch Datenerhebung mittels Fragebögen, Interviews, Fokusgruppen sowie Evaluation des Prozesses begleitet (Abbildung 1).

Die ersten themenspezifischen Beiräte für den Bereich forensische Psychiatrie sowie neurodegenerative Erkrankungen, z. B. Demenz, sollen ab Herbst 2023 entstehen.

Projektteam:

PART ist ein Kooperationsprojekt der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie (KPM1) und der Klinik für Forensische Psychiatrie (KFP2) der Universitätsme-



Projektteam (v.l.): Prof. Dr. Stefan Teipel, Marcel Daum, Dr. Gesine Selig, Prof. Dr. Birgit Völlm, Dr. Ingo Kilimann, Dr. Olga Klein, Peggy Walde, Kai Gerullis (nicht im Bild: Dr. Eva Drewelow, Dr. Fenia Ferra)

Foto: Marcel Daum

dizin Rostock. Das Projekt wird von dem Bosch Health Campus für die Laufzeit vom 01.05.2022 bis zum 30.04.2025 gefördert.

Haben Sie Interesse daran mitzuwirken, an einem Austausch oder an Kooperation?

Dann melden Sie sich gern bei: Marcel Daum, Marcel.daum@med.uni-rostock.de, Telefon: 0381/4949490



Marcel Daum

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Klinik für Psychosomatische Medizin
und Psychotherapie
Sektion Gerontopsychosomatik und
demenzielle Erkrankungen
Universitätsmedizin Rostock

**Es gibt keine Grenzen. Weder für Gedanken, noch für Gefühle.
Es ist die Angst, die immer Grenzen setzt.**

Ingmar Bergman (1918–2007) schwedischer Drehbuchautor, Film- und Theaterregisseur

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von Mai bis August in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Am 24. Mai nahm Brigitte Seifert, stellvertretende Vorsitzende des LSB, unter Leitung von Ministerin Stefanie Drese, an der konstituierenden Sitzung „**Runder Tisch gegen Einsamkeit**“ in Schwerin teil. Ziel ist es, gemeinsam mit Politik und Zivilgesellschaft Empfehlungen für Strategien gegen Einsamkeit zu erarbeiten. Hierzu wurden 5 Arbeitsgruppen gebildet. Als Einführung hielt Frau Prof. Dr. Claudia Vogel von der Hochschule Neubrandenburg einen Vortrag zum Thema „Einsamkeit im Alter – eine aktuelle Herausforderung“.

Die Arbeitsgruppen des Runden Tisches haben sich im Juni und Juli zu ersten Austauschrunden getroffen. Brigitte Seifert nahm hierzu an einer Videokonferenz der Arbeitsgruppe 5 zum Thema „Ausbau sozialer und präventiver Begegnungsorte“ teil. Bei der ersten Zusammenkunft der Arbeitsgruppe 2 „Digitale Medien“ war Peter Lundershausen für den LSB dabei. Und Bernd Rosenheinrich nahm an einer Beratung der Arbeitsgruppe 1 „Raumplanung und alternative Wohnformen“ unter Leitung von Dr. Antje Bernier von der Hochschule Wismar und Tanja Blankenburg teil.

*

Brigitte Seifert informierte sich am 25. Mai online über den Stand der **Arbeit der Enquetekommission „Jung sein in MV“**. Die Jugendlichen ab 12 Jahren können sich an Umfragen online unter www.mitmischen-mv.de zu bestimmten Themen beteiligen und entsprechende Fragebögen ausfüllen. Damit sollen u.a. die Meinungen der Jugendlichen erfasst werden.

*

Gemeinsam mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte fand am 6. Juni eine Klausurtagung in Schwerin statt. Themen waren die aktuelle Entwicklung in der Pflege, die Verkehrswende in MV sowie der Stand der Umsetzung der

Vereinbarung zwischen Landessportbund und Landesseniorenbeirat.

*

Am 14. Juni besuchten der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich und die stellvertretende Vorsitzende und letzte Präsidentin des 12. Altenparlaments Brigitte Seifert die Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Landtag M-V. Zur Vorbereitung des **13. Altenparlaments** wurde der Termin für die Berufung des neuen Organisationskomitees auf den 13.09.2023 und für die Durchführung des Altenparlamentes auf den 21.11.2024 vereinbart. Entsprechend der gegenwärtigen politischen Schwerpunkte wurde über etwaige seniorenpolitische Themen für das Parlament nachgedacht. Gegenwärtig gehen auch Vorschläge von Vereinen und Verbänden sowie Seniorenorganisationen ein.

*

Brigitte Seifert folgte der Einladung zur **Mitgliederversammlung der Alzheimergesellschaft Landesverband (LV) Mecklenburg-Vorpommern** am 15. Juni in Rostock. Hier wurde über die Arbeit in den Bereichen informiert. Die Landesfachstelle Demenz hat unter dem Dach der Alzheimergesellschaft LV MV ihre Arbeit aufgenommen

*

Auf der Netzwerkfeier „10 Jahre Medienaktiv MV – und kein bisschen leiser“ am 28. Juni in Güstrow vertrat Peter Lundershausen den LSB. Während des Treffens wurden die Erfolge des Medienaktivs aufgezeigt und die Zukunft der Medienbildung in MV besprochen. Den Input zu dieser Veranstaltung gab Prof. Dr. Roland Rosenstock der Universität Greifswald. Er zeigte auf, wo die Herausforderungen der Medienbildung der Zukunft liegen. Dabei wurden insbesondere die Fragen der Steuerung über die politische Medienbildung, die Regionalisierung in Form von Mediatopen und Di-

gitalen Innovationszentren sowie die Rolle der freien Träger in Verbindung mit der außerschulischen und schulischen Medienbildung aufgezeigt. Sein Vortrag umfasste weiter die Qualifizierung im Fachkräfteprogramm, den Bedarf und die Qualität der Forschung und die damit verbundenen Forderungen an die Finanzierung. Eine besondere Rolle spielten dabei die Medienbildungsangebote insbesondere für Ältere. Prof. Dr. Rosenstock berichtete über das seit Jahren laufende Projekt „Medienkompass Mecklenburg-Vorpommern – Medienbildung im mittleren und höheren Alter“. Hierbei geht es insbesondere darum, ältere Menschen im ländlichen Raum in die Lage zu versetzen, noch intensiver und kritisch an der digitalen Welt teilzuhaben. Strukturen in der Fläche sowie der Breitbandausbau auf dem Land sind wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen des Projektes. In den letzten Jahren wurde gemeinsam mit den „Silver Surfern“ eine umfangreiche praktische Materialsammlung erstellt. Diese Sammlung zeigt vielfältige, individuelle Möglichkeiten, wie digitale Medien den Alltag älterer Menschen erleichtern und bereichern können.

*

Der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich nahm am 28. Juni an einem Netzwerktreffen zum Forschungsprojekt „**PART: Patient*innenbeirat für partizipative Forschung**“ der Universitätsmedizin Rostock teil. Im Projekt „PART: Patient*innenbeirat für partizipative Forschung“ geht es um den aktiven Einbezug von Menschen mit gelebter Erfahrung einer Erkrankung in den Forschungsprozess. Eine Aufgabe der aktuellen Projektphase ist die Schaffung von notwendigen Netzwerkstrukturen für spätere Beiräte. Nähere Informationen dazu im Beitrag auf Seite 3.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Peter Lundershausen nahm am 28. Juni 2023 am ersten online-Planungstreffen für den Generationendialog 2023 als Vertreter des Landesseniorenbeirats teil. Dabei ging es um die Themen Ehrenamt und die Vorbereitung des Generationendialogs. Dieser findet am 21. Oktober 2023 im Haus der Jugend in Parchim statt. Die nächste Beratung zum Vorbereitungsstand des Generationendialogs erfolgt am 06.09.2023.

*

Am 29. Juni besuchte der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich die „Festveranstaltung 10 Jahre Pflegestützpunkt Schwerin“. Ein Bericht zu dieser Veranstaltung folgt auf Seite 15.

*

Reinhard Oertel hat für den Landesseniorenbeirat am 30.06.2023 an der Sitzung des Landespflegeausschusses (LPA) teilgenommen. Die DAK stellte den Pflegereport 2022 vor. Des Weiteren wurde über die Fachkräftesicherung gesprochen.

Die Amtsdauer der derzeit bestellten Mitglieder des Landespflegeausschusses endet mit Ablauf des 27. September 2023. Zum 28. September wird der Ausschuss für eine Dauer von 4 Jahren neu berufen. Herr Oertel wird den Landesseniorenbeirat mit beratender Stimme im LPA weiterhin vertreten.

*

Im Rahmen einer Videokonferenz am 7. Juli diskutierte der Vorsitzende mit dem neuen 1. Sprecher der Landesarmutskonferenz Prof. Kai Brauer das Thema Altersarmut. Beide tauschten sich über mögliche Formate aus, um dieses Thema auf die aktuelle Tagesordnung zu setzen.

*

Ein gemeinsames Gespräch zur **Erarbeitung einer Bildungsstrategie lebenslanges Lernen** fand am 10. Juni im Sozialministerium statt. Das 12. Altenparlament hatte eine Resolution „Bildung im Alter – für alle ermöglichen“ verabschiedet. An diesem Gespräch nahmen Claudia Ring und Bea-

te Berger vom Sozialministerium, Frau Dr. Vietz und Frau Kriemann vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Frau Heilmann vom Bildungsministerium, Frau Kruske und André Zabel von der Zentrale für politische Bildung M-V; Helga Bomplitz vom Seniorenring sowie Dr. Georg Weckbach und Brigitte Seifert vom Landesseniorenbeirat teil. Das Fazit des Gesprächs ist, dass die Ministerien von der Politik keinen Auftrag, nicht autorisiert und auch keine Ressourcen für die Erarbeitung einer Bildungsstrategie haben. Den Vertretern der Wissenschafts- und Bildungsministeriums sowie der Zentrale für politischen Bildung war die Resolution des 12. Altenparlament nicht bekannt. Die Senioren und ihre Vertretungen sollten ganz konkret mitteilen, wie das Curriculum einer Bildungsstrategie aussehen soll.

*

Am 12. Juli nahm der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich an der Sitzung der Unterarbeitsgruppe 5 „Alter“ zur Erstellung eines Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms im Justizministerium teil. Die Ergebnisse wurden in einer Matrix zusammengefasst.

*

Die Arbeitsgruppe (AG) Seniorensicherheit beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung (LfK) tagte am 13. Juli unter Leitung von Bernd Rosenheinrich in seiner Funktion als AG-Vorsitzender. Die Geschäftsführerin des LfK Monika-Maria Kunisch informierte über die Vorstandssitzung vom 27. April 2023, allgemeine Informationen der Geschäftsstelle, die Polizeiliche Kriminalstatistik, das Fördergeschäft 2023 und die Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen. Ausführlich ging sie auf den 12. Landespräventionstag 2023 „Sport statt Gewalt – Hass, Sexismus, Extremismus entgegnetreten!“ ein. An ihm nahmen im Ostseestadion Rostock über 220 Teilnehmer aus den Bereichen des Sports, der Landespolizei, den Kommunen und Landkreisen, Organisationen und Vereinen rund um die politische Bildung, dem Netzwerk

Demokratie und Toleranz, Vertretern von Präventionsräten aus MV und letztlich Vertretern aus der ganzen Bundesrepublik teil. Innenminister Christian Pegel als Vorsitzender des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung, Sportministerin Stefanie Drese und der Präsident des Landessportbundes Andreas Bluhm haben in einem einführenden Gespräch, unter der Moderation von Dörthe Graner (NDR), wichtige Statements zu den Schwerpunkten des Landespräventionstages abgegeben. Herausragend war die Preisverleihung mit dem Landespräventionspreis an die drei Preisträger des Landespräventionspreises 2023 sowie die Verleihung von Anerkennungsurkunden an fünf Verbände/Vereine. Die Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, das Thema „Gewalt in der Pflege“ konsequent weiterzuführen. Prof. Dr. Schmidt von der Hochschule Neubrandenburg stellte erste Überlegungen für eine Tagung unter dem möglichen Motto „Gewalt in der Pflege“ vor, die als Fachtag oder Landespräventionstag ausgerichtet werden könnte.

IN EIGENER SACHE

Nach dem Ausscheiden von Uwe Allwardt und Dieter W. Angrick, die über viele Jahre, redaktionell den Seniorenkurier



unterstützt haben, ist es uns gelungen, eine neue ehrenamtliche Mitarbeiterin dafür zu gewinnen. Ilona Langer ist 65 Jahre alt und war im medienhaus:nord 30 Jahre redaktionell für den Elde express, der später in Landkreis express Parchim umbenannt wurde, verantwortlich. Auch die Redaktion des Landkreis express Ludwigslust lag bis zu ihrem Ruhestand mehr als sechs Jahre in ihren Händen. Ihre langjährigen Erfahrungen bringt sie nun in den Seniorenkurier ein, wobei sie einräumt, dass es sich dabei um ein ganz anderes Printmedium handelt, in das sie sich schrittweise einarbeitet.

Wortmeldung zum Seniorenticket MV

Am 1. August 2023 ging das Seniorenticket als ermäßigtes Deutschlandticket in Mecklenburg-Vorpommern an den Start.

Für 29 Euro im Monat und im ABO kann der gesamte öffentliche Personennahverkehr (Zug/Bus/U Bahn/S Bahn/Ruf Bus und bestimmte Fähren) in Deutschland von allen Seniorinnen und Senioren genutzt werden. Zwischen Rostock und Stralsund kann auch der Fernverkehr (IC und ICE Züge) der Deutschen Bahn mit dem Seniorenticket genutzt werden. Die Seniorinnen und Senioren müssen ihren Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern nachweisen und das 65. Lebensjahr erreicht haben. Hier ist der Personalausweis das geeignete Dokument.

Bisher wurden mehr als 20.000 Seniorentickets verkauft. Das Ticket wird

als Abonnement beantragt und kann bis zum 10. des Vormonates gekündigt werden. Der Vertrieb erfolgt zentral über den Verkehrsverbund Warnow.

Das Ticket wird als digitales Handyticket in der App oder in Form einer Plastikkarte bestellt.

Die Verkehrsunternehmen der Landkreise sowie die Rostocker Straßenbahn AG, die Nahverkehr Schwerin GmbH sowie die Deutsche Bahn unterstützen in ihren Kundencentren bzw. in den Reisezentren beim Ausfüllen des Antrages.

Familienangehörige können das Ticket auch für die Seniorin bzw. den Senior beantragen.

Wir haben uns als Landesseniorenbeirat schon frühzeitig dafür eingesetzt, dass das Ticket nicht nur digital, son-

dern auch als Plastikkarte angeboten wird, denn nicht alle Seniorinnen und Senioren besitzen ein Handy.

In mehreren Gesprächen mit dem Verkehrsministerium konnten wir dieses Ziel erreichen.

Jetzt kommt es weiter darauf an, dass das Verkehrsangebot insbesondere im ländlichen Raum wesentlich verbessert wird. In Mecklenburg-Vorpommern besteht hier Nachholbedarf. Das Verkehrsministerium hat zugesagt, dass ab 2024 beginnend der Busverkehr von den kleinen und mittleren Dörfern zu den Städten weiter optimiert wird.

Wir werden diese Zusagen des Verkehrsministers weiter konstruktiv und kritisch begleiten.

*Joachim Kießling
Stellv. Vorsitzender LSB*

Gesundheitsförderung und Prävention im Landtag

Senioren finden noch zu wenig Berücksichtigung

Das X. Altenparlament 2018 stellte an den Landtag und die Landesregierung den Antrag, im Rahmen eines Gesamtansatzes Präventionsprogramme zu gesunder Ernährung und Bewegungsförderung für Seniorinnen und Senioren zu intensivieren. Die Landesregierung wurde beauftragt, innovative Ansätze zur Förderung des gesunden Alterns, vor allem in der Bewegungs- und Mobilitätsförderung sowie auch Maßnahmen zur Ernährung und zur Förderung der Alltags- und Gesundheitskompetenz zu fördern. Anlass für diesen Antrag waren u.a. die 2016 vorgelegten Ergebnisse der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Eine systematische und landesweit abgestimmte Präventionsstrategie und entsprechendes Verwaltungshandeln bezogen auf Seniorinnen und Senioren gibt es jedoch nicht.

Am 11. Juli 2023 beschloss der Landtag einen gemeinsamen Antrag der SPD/Linke „Gemeinsam aktiv für Gesundheitsförderung und Prävention“. Zunächst wird unter I.1. festgestellt:

„Die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung ist eine staatliche Aufgabe im Rahmen der Fürsorgepflicht, die auf alle Lebensphasen abgestimmte Angebote und Strukturen benötigt.“

Dem stimmen wir als Vertretung der Seniorinnen und Senioren unseres Landes uneingeschränkt zu. Leider sehen die weiteren Feststellungen dann vorrangig die besondere Verantwortung für die „Phase des Aufwachsens“ vor. Im Weiteren (I.2. und 3.) wird die Bedeutung der Krankenkassen gewürdigt und Adipositas als besonderer Schwerpunkt in M-V genannt. Im Punkt 4. der Feststellungen heißt es dann:

„Spaß und Freude an Sport, Bewegung und gesunder Ernährung lassen sich mit geeigneten Projekten leicht vermitteln und Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erlernen schnell gesundheitsfördernde Verhaltensweisen und gesunde Ernährungsgewohnheiten.“

Die Seniorinnen und Senioren – immerhin gut ein Drittel unserer Bevölkerung – wurden nicht berücksichtigt. Weiter wird mit dem Antrag die Landesregierung beauftragt (II.1), „ausgehend vom Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung die Landesstrategie für Gesundheitsförderung und Prävention umsetzungsorientiert weiterzuentwickeln“ und die 2019 beschlossenen Gesundheitsziele nachhaltig umzusetzen und „als Bestandteil zur Landesstrategie für Gesundheits-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

förderung und Prävention Konzeptionen insbesondere in den Handlungsfeldern Bewegung, psychische Gesundheit, Sucht und Gesundheitskompetenzen zu erarbeiten.“

In der Begründung des Antrages heißt es dann:

„Insbesondere auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung des Landes ist in Mecklenburg-Vorpommern mit einer weiteren Zunahme von gesundheitlichen Problemen in der Bevölkerung zu rechnen. Diese sind nicht nur mit persönlichen Einschränkungen, Konsequenzen und Schicksalen, sondern auch mit erheblichen Kosten für die Gesell-

schaft und das Gesundheitssystem verbunden.“

Es bleibt bei dieser Formulierung offen, ob mit der „demografischen Entwicklung“ die Zunahme des Anteils älterer Bürger gemeint ist.

In der Presse-Erklärung zu diesem Antrag an den Landtag weist Ministerin Stefanie Drese auf die besondere Bedeutung der Prävention hin. „Ziel der Landesregierung sei es, Programme und Initiativen weiter auszubauen und die Gesundheitsförderung und Prävention noch stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken“, stellt sie fest.

Für Seniorinnen und Senioren gibt es zwar Gesundheitsziele seit 2019 in M-V – deren Realisierung könnte

erheblich dazu beitragen, dass nicht nur die persönlichen Einschränkungen, Konsequenzen und Schicksale, sondern auch die erheblichen Kosten für die Gesellschaft und das Gesundheitssystem wesentlich verringert werden. Sicher gibt es hier noch viele Möglichkeiten aus der Sicht der Seniorinnen und Senioren – der Antrag an den Landtag berücksichtigt diese Sachverhalte zwar nicht, lässt aber auch nach oben vieles offen.

Wir wünschen uns zahlreiche gemeinsame Aktivitäten zum Erreichen der Gesundheitsziele auch für Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern.

*Dr. Georg Weckbach
Mitglied Vorstand Landesseniorenbeirat*

Nie wieder!

Im vergangenen Monat jährten sich die schrecklichen Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki zum 78. Mal. Zehntausende Menschen gedachten am 06. und 09. August in Hiroshima und Nagasaki der Opfer des Abwurfs der ersten Atombomben durch die USA im Jahr 1945. Diese Bombenabwürfe kosteten Hunderttausenden Menschen innerhalb kurzer Zeit das Leben. Erstmals wurden solche Waffen eingesetzt, nur gegen Zivilisten. Noch heute sind die Folgen spürbar und unterstreichen, welche katastrophalen Auswirkungen diese Nuklearwaffen auf die Menschheit haben können. Die Bürgermeister beider Städte forderten in ihren Reden während der Gedenkveranstaltungen eine atomwaffenfreie Welt. Die G7-Staaten hatten zuvor bei ihrem Treffen in Hiroshima das Prinzip der nuklearen Abschreckung unterstrichen. Der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) trat 2021 in Kraft. Bisher wurde er von 68 Staaten ratifiziert. Deutschland gehört nicht dazu. Deutsche Politiker träumen von der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr. Für die Atomwaffen

in Büchel werden gerade die teuren Trägermittel beschafft.

Doch ursprünglich standen 1945 deutsche Städte auf der Zielliste für den ersten US-Atombombeneinsatz. Zu diesem Zeitpunkt ahnt in Deutschland niemand, in welcher akuten Gefahr das Land schwebt. Und bis heute ist nur wenigen bewusst, wie knapp Deutschland der apokalyptischen Katastrophe entging. Denn dass letztlich keiner der Pläne in die Tat umgesetzt wird, hat nur zwei Gründe: Zum einen dauerte die Entwicklung der US-Atombombe länger als geplant, zum anderen hatte Nazi-Deutschland dank des entschlossenen und opferreichen Kampfes der Roten Armee um Berlin bereits bedingungslos kapituliert, als im Juli 1945 der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico gelingt. Nur Glück verhinderte somit ein deutsches Hiroshima. Hätte Deutschland drei Monate später kapituliert, wären die Atombomben wohl zum einen über der damaligen Reichshauptstadt Berlin, zum anderen über dem Industriezentrum Mannheim-Ludwigshafen niedergegangen.

Im April 1957 gab Konrad Adenauer auf einer Pressekonferenz die Vorbereitung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bekannt. 18 deutsche Atomforscher warnten in der „Göttinger Erklärung“ vor einer Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen. Zu den Unterzeichnern gehörten die Physiknobelpreisträger Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max Born, die ihre tiefe Sorge mitteilten. Diese Erklärung löste sowohl in der BRD als auch in der DDR energische Aktivitäten zum Kampf gegen den Atomtod aus. In den Kinos läuft gegenwärtig Christopher Nolans Film „Oppenheimer“, der die Geschichte vom „Vater der Atombombe“ J. Robert Oppenheimer erzählt. Das Gremium von 30 Nobelpreisträgern hat dieses Jahr die Weltuntergangsuhr 90 Sekunden vor Mitternacht gestellt, d. h. so groß wie jetzt war die Gefahr eines Atomkriegs noch nie. Neben dem Klimawandel ist der Einsatz von Atomwaffen die größte Herausforderung für die Existenz der Menschheit.

Bernd Rosenheinrich

Runder Tisch gegen Einsamkeit im Alter

Sozialministerin Stefanie Drese hat kürzlich diverse Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Ministerien sowie von Verbänden, Vereinen und Organisationen des Landes zur Auftakt-sitzung des „Runden Tisches gegen Einsamkeit im Alter“ ins Haus der Kommunalen Selbstverwaltung eingeladen.

Ziel des Runden Tisches ist es, mit umfassender Beteiligung aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft Konzepte und Strategien zu entwickeln, um der Gefahr der Einsamkeit

im Alter wirksam begegnen zu können. Gleichzeitig solle der Grundstein für ein landesweites Bündnis gegen Einsamkeit gelegt werden.

Mit rund 565.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind über 35 Prozent der Gesamtbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 60 Jahre oder älter. Parallel steigt die Anzahl von älteren Menschen, die wenig bis gar keine tiefen sozialen Beziehungen haben.

Es sollen Ansätze entwickelt werden, die präventiv dabei unterstützen, Ein-

samkeit im Alter zu verringern. Darüber hinaus sollen aber auch Strategien vorangetrieben werden, mit denen wir ältere Personen erreichen, die sich bereits einsam fühlen.

Deshalb wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet zu den Themen „Raumplanung und gemeinschaftliche Wohnformen“, „Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit“, „Engagement 60 Plus“, „Übergang in die nachberufliche Phase“ und „Sozialtherapeutische Angebote“.

Gesetz zum flexibleren Einsatz von Pflegepersonal

Der Landtag hat im Juni das Gesetz zur Umsetzung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen beschlossen. Es trat am 1. Juli 2023 in Kraft.

„Pflegeeinrichtungen können ihr Personal flexibler und zielgenauer einsetzen“, begrüßte Sozialministerin Stefanie Drese die Entscheidung des Landtags. „Es gibt in der vollstationären Pflege keine starre Fachkraftquote mehr.

Die Personalausstattung richtet sich zukünftig vielmehr danach, wie hoch der jeweilige Pflegebedarf der Pflegebedürftigen in der Einrichtung ist“.

Der große Vorteil des Gesetzes ist nach Aussage der Ministerin, dass damit Pflegefachkräfte auf einer bundeseinheitlichen, wissenschaftlichen Grundlage stärker entsprechend ihrer beruflichen Fachlichkeit eingesetzt werden können. Die Personalbemessung

orientiere sich am Pflegebedarf, der mit Steigerung der Pflegebedürftigkeit zunimmt, so Drese. Das bedeute, dass der erforderliche Hilfskraftanteil bei niedrigen Pflegegraden höher ist, als der Fachkraftanteil. In einer Pflegesatzvereinbarung wird zukünftig ein individueller Personalmix festgelegt, dessen Einhaltung die Heimaufsichten der Landkreise und kreisfreien Städte kontrollieren.

Chancen der Krankenhausreform größer als Risiken

Gesundheitsministerin Stefanie Drese hat kürzlich in einer Debatte im Landtag die Chancen betont, durch eine grundlegende Krankenhausreform eine nachhaltige Stabilisierung der Krankenhausversorgung und -vergütung zu erreichen.

Als Herzstück der Reform bezeichnete Drese die vorgesehene Umgestaltung des Krankenhaus-Finanzierungssystems. „Mit der Finanzierung von Vorhaltekosten wird die Versorgungsstruktur in der Fläche unabhängiger von Patienten-Fallzahlen. Damit haben die medizinischen Aspekte wieder Vorrang vor rein wirt-

schaftlichen Kriterien“, betonte Drese. Die Ministerin führte aus, dass nach der Verständigung von Bund und Ländern auf ein Eckpunktepapier zur Krankenhausreform, die Vorhaltevergütung anteilig etwa 60 Prozent der Fallvergütung umfassen soll. „Vor allem für Kliniken im ländlichen Raum kann diese Umstellung für einen Stabilisierungsvorgang genutzt werden“, so Drese. Eine weitere wichtige Säule der Reform ist die Einführung von Leistungsgruppen, die die bisherige Planung nach Fachabteilung ablösen sollen und somit die Planung feingliedriger gestalten. Das Ministe-

rium begrüßt grundsätzlich die Systematik der Leistungsgruppen. Sie werden genutzt, um Mindestanforderungen für eine qualitätsorientierte Leistungserbringung zu definieren. Allerdings könne das dazu führen, dass bestimmte Leistungen nur noch in wenigen Häusern erbracht werden können. Es ist deshalb wichtig, dass nunmehr in den Eckpunkten verankert ist, dass die Länder bei der erstmaligen Ausdifferenzierung und fortlaufenden Weiterentwicklung der Leistungsgruppen und Qualitätsan-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

forderungen eng einbezogen werden und die Krankenhausplanung in Länderhand bleibt. Die Ministerin hob die enge Abstimmung zwischen

den fünf ostdeutschen Landesgesundheitsministerinnen hervor. „So konnten wir erreichen, dass die spezifische Situation der Kliniken im Osten im Eckpunktepapier verankert wurde. Auch Ausnahmeregelungen etwa

für dünnbesiedelte Länder sind ausdrücklich aufgenommen worden, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten oder eine Anpassung der Kliniken an die Qualitätsvorgaben zu ermöglichen.“ ■

Evaluation zur UN-Behindertenrechtskonvention

Das Landeskabinett hat sich in seiner Sitzung am 18. Juli 2023 mit dem Maßnahmenplan 2.0 der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschäftigt. Hierzu legte das Sozialministerium einen Zwischenbericht zur Umsetzung der der Maßnahmen vor. Der Bericht verschafft einen ersten Überblick über den bis Ende 2022 erreichten Zwischenstand der Ministerien bei der Umsetzung. Daraus wird ersichtlich, dass die Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern weiter vorangekommen ist. Dazu gehört der Abbau von Barrieren jeglicher Art und die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen

mit Behinderungen. Diese Auswertung wird an den Landtag übersandt.

Zu den bereits erfolgreich abgeschlossenen Maßnahmen zählen z. B.

- die Fortbildung von mehr als 2.000 Lehrkräften im Themenfeld Inklusion,
- die Einführung einer offeneren Schuleingangsphase in den Jahrgangsstufen 1 und 2,
- die Umsetzung des „Landesprogramms zur Förderung des Übergangs von schwerbehinderten Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf von der Schule in eine betriebliche Ausbildung oder eine sozialversiche-

rungspflichtige Beschäftigung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“,

- die Verbesserung der Kommunikation zwischen Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen und der Polizei, der Feuerwehr sowie des Rettungsdienstes,
- die Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift „Technische Baubestimmungen“ hinsichtlich der barrierefreien Gestaltung von öffentlichen Gebäuden und Wohnungen
- die Förderung des Landes von Angeboten im Breiten- und Leistungssport für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen. ■

Beteiligung bei Kinder- u. Jugendbeteiligungsgesetz

Nachdem das Kabinett das Kinder und Jugendbeteiligungsgesetz (KJUG M-V) im Juli zur Verbandsanhörung freigegeben hat, haben Organisationen und Verbände die Möglichkeit, ihre Hinweise zum Gesetzesvorhaben einzubringen.

Das Sozialministerium hat bis zum Ende der Sommerferien auch Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Akteure der Kinder- und Jugendhilfe im Land um Ideen und Hinweise zum Gesetzesvorhaben gebeten.

Ein wichtiges Ziel des Gesetzes ist es, Kinder und Jugendliche mehr bei kommunalen Vorhaben und Planungen, die ihre Interessen berühren, einzubeziehen.

Dies soll auch für Vorhaben auf Landesebene gelten. ■

Gesundheitsversorgung beginnt mit Prävention

Mit dem „Aktionsbündnis Gesundheit“ hat Mecklenburg-Vorpommern bereits 2019 die Gesundheitsziele für das Land in drei Bereichen definiert.

Dazu zählten ‚Gesund aufwachsen‘, ‚Gesund leben und arbeiten‘ und ‚Gesund älter werden‘. In Zusammenar-

beit mit einem Forschungsteam des Instituts für Community Medicine der Universitätsmedizin Greifswald werden die Maßnahmen in den einzelnen Phasen bis 2025 umfassend evaluiert.

So soll der aktuelle Grad der Zielerreichung sichtbar gemacht und zu-

sätzliche Bedarfe im Land noch besser identifiziert werden.

Ziel der Landesregierung ist es, Programme und Initiativen weiter auszubauen und die Gesundheitsförderung und Prävention noch stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. ■

Nach Diebstahl der Regenbogenflagge

Forderung nach Ansprechpersonen für Diversität

Der Diebstahl der Regenbogenflagge vor dem Bahnhof in Neubrandenburg und stattdessen das Hissen einer Hakenkreuzfahne ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere Demokratie, den wir auf das Schärfste verurteilen, so Sebastian Witt, Vorstandsvorsitzender des Lesben- und Schwulenverband Deutschland Queer-Mecklenburg-Vorpommern e. V..

Für uns ist es unverständlich, dass seit mehreren Jahren in Neubrandenburg derartige Vorfälle im Vorfeld des dortigen CSD stattfanden. Hier gilt es zu klären, welche präventiven Maßnahmen eingeleitet wurden, um derartige Straftaten zu verhindern, so Roy Rietentidt, Bildungsreferent des LSVD Queer MV e.V.

Die Entwicklung geht immer mehr dahin, dass Ansprechpersonen für Diversität in der Polizei benötigt werden, die ausreichend Zeit haben, sich dieser Aufgabe zu widmen! Zudem haben wir als Vertreter in der queeren Community den Eindruck, dass

die bisherigen Ansprechpersonen aus der Fläche zunehmend abgezogen worden sind.

So kennen wir die aktuelle Ansprechperson für LSBTI der Landespolizei für die Region Neubrandenburg nicht und es besteht auch kein Kontakt, so Sebastian Witt.



Um die Ziele der letzten Innenministerkonferenz 2023 erreichen zu können, bedarf es dringend eine Änderung in der Polizeistruktur.

Es gibt seit vielen Jahren Bundesländer, die sich in Bezug auf die queere Sichtbarkeit deutlich besser auf-

gestellt haben, wie die Bundesländer Berlin, Hamburg, Bremen oder Schleswig-Holstein. Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur gemeinsam mit den kommunalen Trägern, dem Land und dem Bund, der Landes- und Bundespolizei sowie zivilen Kräften können wir diesem Kampf gewinnen, so Roy Rietentidt.

Der LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb den Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern Christian Pegel auf, endlich feste und langfristige Ansprechpersonen für Diversität in der Landespolizei zu schaffen. Die gleiche Forderung richten wir an die Bundesministerin des Innern

und für Heimat Nancy Faser für den Bereich der Bundespolizei. Gerade hier fällt auf, dass die regionale Bekanntheit der Ansprechpersonen in dem letzten Jahr zunehmend aus der Fläche gezogen wurde, so Sebastian Witt. ■

Landesfachstelle Demenz Station der Sommertour

Stefanie Drese und Julian Barlen zu Gast bei der DAIZG LV M-V e.V.

Die Sommertour von Sozialministerin Stefanie Drese führte sie in Begleitung von SPD-Fraktionsvorsitzenden Julian Barlen am 17. August 2023 zur Deutschen Alzheimer Gesellschaft Landes-



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz**

verband M-V (DAIZG M-V e.V.) in Rostock. Dabei galt der Besuch insbesondere der neu etablierten Landesfachstelle Demenz. In der gemeinsamen Gesprächsrunde mit den Vorständen des Landesverbandes Lars Krychows-

ki und Janine Schiller-De Simone und Koordinatorin Kathleen Schluricke stellte Daniel Lichy, Projektleiter der Landesfachstelle Demenz, die Ziele, Handlungsfelder, die bisherigen Erkenntnisse und Erfolge der Landesfachstelle vor. Unsere Gesellschaft bewegt sich in einem komplexen Handlungsgefüge

und steht vor vielfältigen Herausforderungen wie dem sozialen und demografischen Wandel, dem Pflegenotstand, dem Schwinden von klassischen Familienstrukturen und dem Ausbluten der informellen Pflege. Die

gegenwärtigen Rahmenbedingungen müssen auf den Prüfstand gestellt und neue Ansätze seniorengerechter Quartiere und Räume entwickelt werden. „Wir haben kein Ideenproblem – sondern ein Umsetzungsproblem“ so Lichy. Denn es gäbe bereits eine Fülle von gesundheits- und seniorenpolitischen Konzepten, Strategiepapieren und Bestrebungen. „Wir wollen die Kommunen ermächtigen, ins Handeln zu kommen. Der politische Wille ist mit der Nationalen Demenzstrategie und der Einrichtung der Lan-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

desfachstelle Demenz gegeben“. Ein langfristiges Ziel sei es, Mindeststandards für Demenzsensibilität in Kommunen und Quartieren zur Verbesserung der Lebensqualität für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen zu entwickeln. Die Landesfachstelle fungiert für die lokalen Akteure als Initiatorin, Vermittlerin, Unterstützerin und Moderatorin. Der sozialräumliche Blick, die Erfassung der unterschiedlichen Lebenswelten und das Leitbild der sorgenden Gemeinschaften spielen dabei eine herausragende Rolle.

Ein wichtiges Instrument und eine Schlüsselfunktion des sozialen Ressourcenmanagements in Quartieren sei der GeriCoach. Er ist der Erfolg eines vom Sozialministerium geförderten Modellprojektes. Die mittlerweile in M-V erprobte Qualifizierung findet hohe Aufmerksamkeit bei der Ministerin und dem Fraktionsvorsitzenden Barlen. Die 2. Vorsitzende legte während des Gesprächs den Finger auch auf eines der wichtigsten und wirkungsvollsten Unterstützungsinstrumente für die pflegenden Angehörigen in der Häuslichkeit – die ehrenamtlichen Helferkreise. Antragstellungen und Abrechnungen würden immer bürokratischer und somit dieses In-



Daniel Lichy (DAIzG LV M-V e.V./ Landesfachstelle Demenz), Julian Barlen (Vorsitzender der SPD-Fraktion), Stefanie Drese (Gesundheits- und Sozialministerin), Janine Schiller-De Simone (2. Vorsitzende des Landesvorstands der DAIzG), Lars Krychowski (1. Vorsitzender des Landesvorstands der DAIzG), Kathleen Schluricke (Kordinatorin DAIzG LV M-V e. V.)

Foto: DAIzG/ LV M-V e.V. Janine Schiller-De Simone

strument unattraktiv für die potenziellen Träger, so Schiller-De Simone. Die Koordinatorin Schluricke ergänzte, dass eine Verschlinkung und Vereinfachung der Antrags- und Umsetzungsprozesse dringend notwendig seien, um dieses Instrument nicht sterben zu lassen. In Verabredung mit der Ministerin Drese erarbeitet die DAIzG LV M-V nun ein Vorschlagspapier zur Verbesserung dieser bürokratischen Hürde – eine große Chance für den Erhalt dieses so wichtigen Unterstützungs- und Entlastungsinstrumentes.

Während des Besuchs nutzen die Ministerin und der Fraktionsvorsitzende die Möglichkeit, eine Station des Demenz-Simulators auszuprobieren.

Die Alltagssituation „Mittagessen“ ermöglicht auf praktische Weise, den Einblick in die alltäglichen Herausforderungen für Menschen mit Demenz. Auch dieser Eindruck wirkt nach und bestätigt in besonderer Weise die Bedeutung der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen.

Das Team der Landesfachstelle und des Landesverbandes freut sich sehr über diese Wertschätzung und Aufmerksamkeit der geleisteten Arbeit im Namen der Betroffenen.

Wir. Gemeinsam. Aktiv leben mit Demenz – Für eine demenzfreundliche Gesellschaft.

Weitere Infos: www.alzheimer-mv.de

TERMINE

21.09.2023 | 10:00 – 15:00 Uhr

Online-Fachtag

Zukunft Alter – mit dem Vergessen gut leben!

Die Alterung der Gesellschaft und die Versorgungsstrukturen stellen uns vor große Herausforderungen und erfordern eine ganzheitliche Herangehensweise. Wie wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern altern? Wir rücken Fragen des Umgangs mit Demenzerkrankten und die Schaffung von demenzsensiblen Lebensräumen und für ein freudvolles und integriertes Leben in den Fokus. Dazu lädt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

herzlich Betroffene und ihre An- und Zugehörigen, Interessierte und Fachleute ein. Der Fachtag findet online statt und ist kostenfrei.

Anmeldung: <https://alzheimer-mv.de/fachtag-2023/>

Ab 18.10.2023

Start der GeriCoach- Qualifizierung

Das innovative Qualifizierungsangebot „GeriCoach (m/w/d)“ der DAIzG LV M-V e. V. startet für Fachkräfte aus dem sozialen, therapeutischen und pflegerischen Bereich ab dem 18. Oktober. Referent*innen aus Praxis, Wirtschaft und Forschung vermitteln theoretisches und praktisches Wissen rund um das Thema Demenz, um die

Expert*innen optimal auf ihre Aufgaben und zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Nach Abschluss der GeriCoach-Qualifizierung ergeben sich verschiedene berufliche Perspektiven und es besteht die Möglichkeit, ein attraktives Nebeneinkommen zu generieren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.gericoach.de oder telefonisch unter 0381 208 754 02.

1. Präsenzveranstaltung: 18.10. bis 20.10.2023
2. Präsenzveranstaltung: 26.10. & 27.10.2023
3. Abschlusskolloquium: 8.12.2023

Informationen:

<https://alzheimer-mv.de/schulungen/>

Nach knapp 34 Jahren Rentenangleichung Ost erreicht

Rentenwerte Ost und West erstmals seit der Wende gleich hoch

Dazu der Vorsitzende der dbb m-v Seniorenvertretung Gerd Dümmel: „Für uns Senioren ist dies ein Zeichen des Respekts vor der Lebensleistung der Älteren, die mit ihrer Arbeit unser Land aufgebaut und weiterentwickelt haben.“

Unsere Kritik bleibt, dass es tatsächlich fast 34 Jahre gedauert hat, bis die Renten angeglichen wurden, viele der Betroffenen konnten diesen historischen Tag leider nicht mehr erleben.“

Die von den Seniorenverbänden seit langem geforderte Angleichung erfolgt nun, auch dank der guten Einkommensentwicklung der letzten

Jahre, ein Jahr früher als geplant. Damit wird einmal mehr deutlich, dass gute Löhne auch die Grundlage für gute Renten sind.

Einen wichtigen Beitrag wird auch das Tariftreue- und Vergabegesetz in Mecklenburg-Vorpommern leisten, das bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Zahlung von Tariflöhnen vorschreibt.

Gute Löhne sind seit der Wende leider keine Selbstverständlichkeit, denn Zeiten langer Arbeitslosigkeit haben große Lücken gerissen, immerhin profitieren rund 70.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern von der ab 2021 eingeführten Grundrente.

„In diesem Zusammenhang erteilt die dbb Landesseniorenvertretung Bestrebungen, das Renteneintrittsalter noch weiter anzuheben oder die Rente für langjährig Versicherte abzusichern, eine klare Absage“, so Dümmel.

Positiv flankiert wird die Rentenangleichung durch das im Herbst startende MV-Seniorenticket für 29 Euro im Monat, das zunächst nur als Landesticket geplant war und nun bundesweit gilt.

„Es bleibt zu hoffen, dass das Nahverkehrsangebot und damit die Mobilität ohne Auto insgesamt verbessert wird“, so Dümmel abschließend. ■

Schuldnerberatungen

flächendeckend und wohnortnah

Immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern suchen Hilfe bei Schuldnerberatungsstellen. Die hohe Inflation und gestiegene Energiekosten führen zu einem spürbaren Anwachsen von finanziellen Notsituationen und entsprechend wachsendem Beratungsbedarf.

Doch die wohnortnahen Beratungsstellen waren bereits ausgelastet. Nicht alle Menschen in finanziellen Notsituationen können überregional oder online-Angebote nutzen.

Auch die Zahl der Rentnerinnen mit Zahlungsrückständen steigt. Eine unzureichende Finanzierung führt zum Abbau wohnortnaher Beratungsstellen aus der Fläche.

Mit großer Sorge blickt die Landesarmutskonferenz MV (LAK MV) auf die Zukunft der Beratungsdienste und die wachsenden Nöte der Betroffenen.

Beratungsangebote finanzschwacher Kommunen dürfen grade jetzt nicht Sparzwängen zum Opfer fallen. Eine

angemessene Finanzierung und die Deckelung der Eigenanteile der Träger auf maximal fünf Prozent ist angesagt und notwendig.

Mit Inkrafttreten des zweiten Teils des Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes (WofTG M-V) übertrug das Land die Verantwortung für die Ausgestaltung und Finanzierung an die Kommunen. Das Land stellt nur noch so viel finanzielle Mittel zur Verfügung, wie diese ihrerseits aufzubringen bereit sind. Dabei müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Ratsuchenden in die diesbezüglichen Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Hintergrund:

Die Beratungsstellen verzeichnen vor allem Anfragen wegen Energie- und Mietschulden.

Auch werden die Beratungsersuchen komplexer in Bezug auf die materiel-

le Existenz. Unter den Ratsuchenden waren mehr Erwerbstätige als noch vor sechs Monaten.

Die geringen Erwerbseinkommen schützten nicht mehr vor Überschuldung.

Wird eine Schuldenlage aber nicht rechtzeitig kompetent in einer Beratung bearbeitet, führt dies in der Regel in dann nur noch

schwer und teuerim- mens zu bewältigen- de Verfahren und zu-

weilen zu tragischen Abwärtsspiralen. Die Stärkung der Ausbildung von Beratenden und die Sicherstellung von niedrigschwelligen Angeboten für alle Ratsuchenden ist daher immens wichtig und sollte aktuell höchste Priorität einnehmen.



Für Rückfragen steht der Sprecher der Landesarmutskonferenz Prof. Dr. Kai Brauer Tel.: 0395 5693-5503 oder Frau Ines Jammer-Lühr Tel. 0385-5006-152 zur Verfügung.

Sicherheit im Straßenverkehr – ein Leben lang!

Verhaltensweisen im Straßenverkehr sind ein lebenslanger Lernprozess

Die Tage werden kürzer und es wird schneller dunkel – es wird Herbst. Mit der Umstellung auf die dunkle Jahreszeit sorgen zudem schlechtes Wetter wie Regen oder Nebel dafür, dass sich die Sichtverhältnisse für alle Straßenverkehrsteilnehmer verschlechtern.

Im vergangenen Jahr gab es in Mecklenburg-Vorpommern alle 10 Minuten einen Verkehrsunfall, alle 5 Stunden einen verunglückten Radfahrer und alle 9 Tage einen Getöteten in der Altersgruppe 65+. Die meisten Fußgänger sterben in geschlossenen Ortschaften. Zur Vermeidung von Unfällen als Passant und Radfahrer kann nicht nur das Überdenken der eigenen Verhaltensweisen, sondern auch der vorausschauende Blick auf mögliches Fehlverhalten anderer Verkehrsteilnehmer helfen. Machen Sie sich sichtbar. Hell gekleidete Straßenteilnehmer



heben sich deutlich im Dunkeln ab. Reflektierendes und fluoreszierendes Material hilft zudem bei Nacht oder Dämmerung von anderen Verkehrsteilnehmern besser gesehen zu werden. Mit diesen Materialien könnten Sie auch Rollatoren, Gehhilfen und Einkaufstrolleys sichtbar machen.

Sicheres Überqueren der Fahrbahn. Den Wunsch, die eigenen Wege so kurz wie möglich zu halten, ist verständlich. Allerdings ist ein zu frühes Überqueren der Fahrbahn ein Sicherheitsrisiko. Nutzen Sie zum Überqueren der Straße Ampeln, Zebrastreifen und Mittelinseln.

Nehmen Sie Blickkontakt mit anderen Verkehrsteilnehmern auf. Kommunizieren Sie durch Handzeichen und Blickkontakt Ihre Absichten und machen Sie vor dem Überqueren der Straße auf sich aufmerksam.

Sorgen Sie für mehr Sicherheit durch das Tragen rutschfester Schuhe. Schon im Herbst kann man auf feuchtem



Foto: pixabay

Laub schnell ausrutschen, um Stürze bzw. sogenannte „Alleinunfälle“ zu vermeiden ist die Wahl des richtigen Schuhwerks ein wichtiger Aspekt.

Tragen Sie einen Fahrradhelm. Die Hauptfunktion eines Fahrradhelms besteht darin, den Kopf bei einem Unfall im Straßenverkehr vor einer Verletzung zu schützen. Doch ein Helm schützt nicht nur bei einem Unfall, sondern hilft durch Reflektoren auch die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen. Schalten Sie das Licht an. Unbeleuchtete

Fahrradfahrer werden im Scheinwerferlicht erst ab einem Abstand von rund 25 Metern wahrgenommen. Oft ist das zu spät für eine rechtzeitige Reaktion. Daher sollte die Vorder- und Rückseite der Fahrradbeleuchtung immer funktionieren sowie die Reflektoren nicht verdeckt werden. Während die Gefahr für Fußgänger innerorts am größten ist, sind Pkw-Fahrer auf Landstraßen besonders gefährdet, bei einem Unfall tödliche Verletzungen zu erleiden.

Die Anforderungen an den Straßenverkehr werden immer komplexer, ferner können mit steigendem Alter gewisse physische und psychische Einschränkungen zunehmen.

Da diese nicht von heute auf morgen eintreten, sondern schleichend dazukommen, gehört die regelmäßige Überprüfung der eigenen Fitness, und das nicht erst im hohen Alter, zur sicheren Teilnahme am Straßenverkehr dazu. Doch letztlich leistet nur der ehrliche Blick in den Spiegel einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Folgende Aspekte sollten Sie regelmäßig überprüfen und mit Ärzten oder Fahrlehrern besprechen:

Fällt der Blickwechsel von fernen zu nahen Objekten, wie z.B. von Verkehr auf Tacho, schwer?

Brauchen die Augen länger, sich auf wechselnde Lichtverhältnisse einzustellen?

Wie gut werden Objekte aus den Augenwinkeln wahrgenommen?

Werden Warntöne im Auto und Außen Geräusche (Hupen oder Martinshörner) noch deutlich wahrgenommen?

Wie schwer fällt der Schulterblick?

Fällt es zunehmend schwer, sich auf mehrere Objekte im Stadtverkehr gleichzeitig zu konzentrieren?

Sichere Verhaltensweisen im Straßenverkehr sind ein lebenslanger Lernprozess. Dabei können Verkehrssicherheitsangebote helfen. Auch das Projekt Seniorensicherheitsberater berät in den Veranstaltungen Senioren zu diesem Thema. Weiterführende Hinweise, Informationen und Medienangebote zum Thema Sicherheit der Generationen 60+ und anderen Themen der polizeilichen Prävention finden Sie auf der Internetseite der Landespolizei MV www.polizei.mvnet.de.

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL

und



Landesrat für Kriminalitätsprävention
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsprävention und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Informationsveranstaltung zum Jubiläum

10 Jahre Beratung für Pflegebedürftige und Angehörige in Schwerin

Pflegestützpunkt Schwerin in der Landeshauptstadt Schwerin bietet seit Juni 2013 allen Interessierten, hilfe- und pflegebedürftigen Menschen sowie deren Angehörigen kostenlos eine kompetente und unabhängige Beratung und Begleitung in allen Fragen rund um die Pflege an. Er ist einer von insgesamt 19 Pflegestützpunkten in Mecklenburg-Vorpommern.

Zum 10-jährigen Bestehen hatten die Träger des Pflegestützpunktes Schwerin alle Interessierten am 29.06.2023 zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Pflege im Wandel“ in das Rathaus Schwerin eingeladen.

Fast 100 Bürger und Bürgerinnen, Fachkräfte sowie Kooperations- und Netzwerkpartner nahmen an der Jubiläumsfeier teil und informierten sich während der vierstündigen Veranstaltung über die Unterstützungsmöglichkeiten der Beraterinnen des Pflegestützpunktes sowie über die vielfältigen Angebote regionaler Netzwerkpartner. Zu den Gästen zählten u. a. Frau Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; Frau Wagner-Horn vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V und der Vorsitzende des Landessenorenbeirates MV, Bernd Rosenheinrich.

Die Dezernentin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Schwerin, Martina Trauth, sowie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der AOK Nordost, Hans-Joachim Fritzen, gaben in ihren Grußworten einen Einblick in die Entstehung der Pflegestützpunkte und wiesen auf die zukünftigen Herausforderungen im Pflegebereich wie den Fachkräftemangel sowie die zunehmende Kostenentwicklung in der Pflege hin.

Silvia Krüger, Vertreterin der Kranken- und Pflegekassen M-V im Landessteueraussschuss der Pflegestützpunkte M-V, hielt anschließend einen Fachvortrag zum Thema „Pflege findet in der Kommune statt“. In ihrer Präsentation erörterte sie u. a. die Herausforderungen in der pflegerischen, häuslichen Versorgung durch die stärkere Einbindung nicht professioneller Pflegeressourcen sowie die Vernetzung und Förderung ehrenamtlichen Engagements und familiärer Unter-



stützungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Ziel dieser „sorgenden Gemeinschaft – Caring Community“ sei es, älteren und pflegebedürftigen Menschen einen langen Verbleib in ihrer Wohnung und ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.

Nach dem offiziellen Teil brachte Herr Helmers vom Reha-Sportverein Argus e. V. in Schwerin alle Anwesenden mit einer sportlichen Aktion in Schwung. Gleichzeitig erhielten die Besucher einen Einblick in die Arbeit des Vereins, der u. a. auch eine Sportgruppe für Menschen mit Demenz anbietet.

Im Anschluss informierten sich die Besucher an den verschiedenen Ausstellungsständen über die vielfältigen Schweriner Angebote für Ältere und Pflegebedürftige. Ein Sanitätshaus stellte Hilfsmittel und Pflegehilfsmittel vor, die den Alltag bei körperlichen Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit erleichtern. Das Projekt „PfiFF - Pflege in Familien fördern“ informierte über kostenlose Pflegekurse für pflegende Angehörige. Des Weiteren erhielten die Besucher einen Einblick in die vielfältigen Angebote des Seniorenbüros Schwe-

rin und in ehrenamtliche Tätigkeiten. Beratungen zu Patientenverfügungen sowie zu Vorsorge- und Betreuungsvollmachten boten ein Hospizdienst und Mitarbeiter der Betreuungsbehörde an. Menschen mit Behinderungen erhielten Tipps vom Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung und vom Behindertenbeirat.

Ein Anbieter von Hausnotrufsystemen und ambulanten Pflegemöglichkeiten war vor Ort, ebenso wie die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen und der Sozialverband VdK Deutschland. Am „Demenzparcours“ konnte getestet werden, wie Menschen mit Demenz ihre Umgebung wahrnehmen und welche Schwierigkeiten sie im alltäglichen Leben bewältigen müssen.

Fragen zum Thema Demenz und zur Alltagsbewältigung mit dem Krankheitsbild beantworteten darüber hinaus die Beraterinnen des Zentrums Demenz. Auch der Stand des Pflegestützpunktes war gut besucht. Unter anderem nutzten ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer die Gelegenheit, sich über Möglichkeiten der Pflege in der Häuslichkeit, Leistungen der Pflegeversicherung u.a. zu informieren.

Tipps für eine vollwertige Ernährung gab es am Stand der Vernetzungsstelle Seniorenernährung und passend dazu die Verkostung gesunder Snacks, die eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes frisch zubereitete. Die Netzwerkpartner der verschiedenen Informationsstände nutzten ebenfalls die Zeit, sich untereinander auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Während und nach der Veranstaltung erhielt das Team des Pflegestützpunktes

Während und nach der Veranstaltung erhielt das Team des Pflegestützpunktes

Während und nach der Veranstaltung erhielt das Team des Pflegestützpunktes

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

tes viele positive Rückmeldungen von Besuchern und Teilnehmenden. An dieser Stelle nochmal ein Dankeschön an alle beteiligten Netzwerkpartner, die die Veranstaltung mit ihren Aktionen und Informationsständen so interessant und vielfältig gestalteten. Wer einen Eindruck von der Festveranstaltung erhalten möchte, kann sich

bei YouTube ein kurzes Video dazu ansehen: <https://www.youtube.com/watch?v=T3vKIkkoOsc>

Fazit und Ausblick:

Der Pflegestützpunkt Schwerin hat sich als eine bekannte und anerkannte Anlaufstelle etabliert. In der Bevölkerung wird das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes sehr gut angenommen. Seit 2020 steigenden die

Kontaktzahlen von Ratsuchenden im Pflegestützpunkt kontinuierlich an. Für 2023 wird ein weiterer deutlicher Anstieg erwartet.

Der Pflegestützpunkt Schwerin befindet sich im Stadthaus Schwerin und ist per Telefon: 0385 545- 2120 und 0385 545-2121 oder per E-Mail unter pflgestuetzpunkt@schwerin.de erreichbar.

Katrin Weltzien

10 Jahre Pflegestützpunkt Greifswald

Kostenfreie Pflege- und Sozialberatung unter einem Dach

Der Pflegestützpunkt Greifswald wurde am 24. Juli 2013 durch die damalige Sozialministerin, Manuela Schwesig, feierlich eröffnet. Heute sind die Pflegeberaterinnen, Saskia Schergel, Doreen Rauffus und Anne Rapke, sowie die Sozialberaterin, Anne Eggebrecht, die erste Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Pflege. Mit der Einführung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes im Jahr 2009 und dem damit verbundenen Rechtsanspruch auf Pflegeberatung, etablierten sich schrittweise landesweit 19 Pflegestützpunkte in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Gemeinsam und zu gleichen Teilen von den Kranken- und Pflegekassen im Land, sowie

den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen, vereinbarten sie eine neutrale und kostenfreie Pflege- und Sozialberatung unter einem Dach. In ihnen wird das Wissen über das Pflegeversicherungsrecht und das Know-how über die Vielzahl der Hilfs- und Unterstützungsangebote der Pflegeversicherung, die Alten- und Sozialhilfe sowie die angrenzenden Sozialleistungsbereiche gebündelt.

Die Pflege- und Sozialberaterinnen helfen bereits im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit bei allen Fragen rund um das Thema Pflege und unterstüt-

zen im konkreten Pflegefall; angefangen beim Pflegegradantrag bis hin zur Suche nach geeigneten Betreuungsmöglichkeiten oder Hilfe- und Entlastungsangeboten für pflegende



An- und Zugehörige – auch für Kinder sowie Kinder und Jugendliche in Pflegeverantwortung. In den Beratungen gehen die Beraterinnen behutsam auf die individuellen Bedürfnisse der Ratsuchenden ein. Mit Hilfestellungen zur Inanspruchnahme von sozialen Angeboten, ambulanter und teilstationärer Pflege helfen sie dem Wunsch von Pflegebedürftigen so lange wie möglich in der häuslichen Umgebung zu leben und betreut zu werden. Darüber hinaus informieren sie detailliert über Finanzierungswege oder Kostenträger in der Pflege- und Krankenversicherung und unterstützen bei Behördenangelegenheiten.

In den vergangenen Jahren haben sich die Pflege- und Sozialberater:innen in allen Pflegestützpunkten des Landes vielen neuen Fachthemen gewidmet. So haben sich unter anderem die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige, die Kinderpflegeberatung und die Pfiff-Kurse (Pflege in



Die Beraterinnen des Pflegestützpunktes Greifswald (v.l.n.r.): Saskia Schergel, Doreen, Rauffus, Anne Eggebrecht und Anne Rapke
Foto: Landkreis Vorpommern-Greifswald

Familien fördern) etabliert. Der Ausbau der Netzwerke und die Gewinnung neuer Netzwerkpartner ist ein stetiger Prozess, um Pflegebedürftigen sowie ihren Zu- und Angehörigen entsprechende Unterstützungs- und Hilfeangebote in der Pflegeberatung

zur Verfügung zu stellen. Die leider immer noch tabuisierte Alzheimererkrankung ist nach wie vor ein regelmäßiges Thema im Beratungsalltag des Pflegestützpunktes Greifswald.

Der Pflegestützpunkt Greifswald hat sein Beratungsbüro in der Feldstraße

85a, 17489 Greifswald. Unter folgenden Telefonnummern erreichen Sie die Pflegeberaterinnen: 03834 / 8760-2514, und die Sozialberaterin: 03834 / 8760-2515. Zusätzlich besteht die Möglichkeit per E-Mail Kontakt aufzunehmen: Pflegestuetzpunkt-Greifswald@kreis-vg.de.

Werbeschreiben vom Anbieter 1N Telecom GmbH

Vorsicht bei Schreiben zum Tarifwechsel

In den zurückliegenden Wochen hatten die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale MV sehr viele Anfragen zu Problemen von Verbrauchern mit einem Telefonanbieter aus Düsseldorf, der 1N Telecom GmbH.

Die Geschichte hinter den Beratungen ist dabei immer ähnlich: Verbraucher haben ein Werbeschreiben der 1N Telecom erhalten, in dem ein Tarif angeboten wurde. Die Werbeschreiben sind dabei persönlich adressiert und enthalten meistens auch die Nummer des aktuellen Festnetzanschlusses der kontaktierten Verbraucher. Diese gingen bei dem Brief daher davon aus, dass er von ihrem bisherigen Telefonanbieter stammt und sie mit ihrer Unterschrift nur ihren bestehenden Telefentarif wechseln würden.

Das jedoch ist nicht der Fall. Vielmehr soll der bestehende Vertrag mit dem bisherigen Anbieter gekündigt und ein neuer Vertrag mit einer Mindestlaufzeit von 24 Monaten bei der 1N Telecom GmbH geschlossen werden. Hinzu kommt dann oft folgendes Problem: Wenn Verbraucher den Vertrag durch Rücksendung des Schreibens angenommen haben und dann nachfolgend nicht aktiv an der Vertragsumstellung mitwirken und eine Umstellung auf die 1N Telecom daher nicht zustande kommt, fordert der Anbieter schnell einen dreistelligen Betrag als Schadenersatz.

Hierzu berechnet der Anbieter zunächst die bis zum Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit zu zahlenden

monatlichen Preise und macht dann die Hälfte dieses Betrages als so genannten „pauschalierten Schadenersatz“ geltend. In den Beratungen geht es hierbei regelmäßig um Beträge zwischen 400 und 500 Euro.



Die Verbraucherzentrale empfiehlt daher: Wenn der Vertrag irrtümlich abgeschlossen wurde und Verbraucher beispielsweise ihren bisherigen Anbieter tatsächlich gar nicht wechseln wollten, können sie den neuen Vertrag mit 1N Telecom innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Diese Frist beginnt einen Tag nach Rücksendung des Werbeschreibens. Der Widerruf sollte unbedingt rechtzeitig mit einem Einwurfeinschreiben an die 1N Telecom geschickt werden, der Einlieferungsbeleg von der Post sollte gut aufgehoben werden.

Viele der Verbraucher haben in den Verbraucherzentralen auch nachgefragt, woher der Versender der Werbepriefe eigentlich die personenbezogenen Daten aus dem Werbeschreiben erhalten hat.

Wie jeder Versender unverlangt zugesandter Werbung, ist auch die 1N Telecom dazu verpflichtet, kostenlos mitzuteilen, woher die für die Werbung genutzten personenbezogenen Daten der Verbraucher stammen und wozu sie genutzt werden.

Wenn die Anbieter diese Auskunft, auf die sie kostenlos innerhalb eines Monats antworten müssen, nicht erteilen, können sich Verbraucher bei dem oder der Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Bundeslandes beschweren. Hier können dann Geldbußen gegen die auskunftsunwilligen Anbieter verhängt werden. Außerdem gibt es Urteile, die den Verbrauchern, die keine Antwort vom Verwender ihrer Daten erhalten haben, einen Schadenersatz zugesprochen haben.

Die Verbraucherzentrale rät: Lesen Sie unverlangt zugesandte Werbeschreiben sehr genau und prüfen sie immer, welche Art von Vertrag sie mit dem Anbieter eingehen sollen. Wenn Sie Verträge am Telefon, im Internet oder per Brief abgeschlossen haben, können Sie diese innerhalb von 14 Tagen per Brief, e-Mail oder Fax widerrufen. Einen Grund für den Widerruf müssen Sie hierbei nicht angeben. Und: Fragen Sie nach, woher der Anbieter Ihre Daten hat.

Ein Musterschreiben für den Widerruf des Vertrages und die Auskunft zu den personenbezogenen Daten stellt die Verbraucherzentrale MV auf ihrer Internetseite kostenfrei zur Verfügung. Die Berater und Beraterinnen der Verbraucherzentrale stehen Ihnen für eine Beratung zu Problemen mit diesem oder anderen Anbietern gern zur Verfügung, einen Termin können sie vorher über die Telefonnummer (0381) 208 70 50 vereinbaren.

Klaus Schmiedek
Leiter Fachbereich Recht



Suizidprävention jetzt stärken!

BAGSO fordert gesetzliche Verankerung der Suizidprävention

Hilfe zur Unterstützung in suizidalen Krisen muss leichter zugänglich sein als Hilfe zur Selbsttötung. Vor der Abstimmung über Gesetzentwürfe zur Suizidassistenz im Bundestag am 6. Juli 2023 fordert die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen zusammen mit zahlreichen anderen Verbänden den Gesetzgeber auf, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Suizidprävention zu verabschieden und umzusetzen. In einem Schreiben an die Abgeordneten des Bundestags setzen sie sich gemeinsam für eine Stärkung und auskömmliche Finanzierung der Suizidprävention sowie der Hospizarbeit und der Palliativversorgung ein. Gemeinsam mit den anderen unterzeichnenden Verbänden fordert die

BAGSO ein Schutzkonzept für Menschen mit Suizidgedanken. Dies müsse den Aus- und Aufbau regionaler und überregionaler suizidpräventiver Angebote umfassen ebenso wie eine bundesweit einheitliche Telefonnummer und eine Internetseite. Für Risikogruppen sowie für junge und ältere Menschen müsse es spezielle präventive Angebote geben. Mehr als 40 Fachgesellschaften und bundesweit tätige Institutionen, darunter die BAGSO, hatten bereits 2022 „Eckpunkte für eine gesetzliche Verankerung der Suizidprävention“ veröffentlicht.

Die BAGSO kritisiert darüber hinaus, dass die Entscheidung im Bundestag zur Neuregelung der Suizidassistenz im Hauruckverfahren getroffen werden soll. „Trotz der Dringlichkeit, die Bedingungen für die Suizidassistenz klar zu regeln, muss eine solche weitreichende Entscheidung mit aus-

reichend Vorlauf erfolgen,“ sagte die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner. „Der kurze Vorlauf und der Termin knapp vor der Sommerpause werden der komplexen Debatte aus Sicht der BAGSO nicht gerecht. Sie erhöhen die Gefahr, dass eine Entscheidung zur Ausgestaltung der Suizidassistenz getroffen wird, die sich nicht hinreichend an dem Wert und der Würde des Lebens – auch im hohen Alter – orientiert.“

Die BAGSO hatte im August 2022 auf das erhöhte Suizidrisiko im fortgeschrittenen Lebensalter hingewiesen. In ihrer Stellungnahme „Suizidprävention im Alter stärken“ forderte sie den Ausbau der psychologischen und psychiatrischen Versorgung älterer Menschen und eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Wert und der Würde des Lebens, auch in Grenzsituationen des Alters. ■

Ältere vor Gewalt und Vernachlässigung schützen

BAGSO fordert Ombudsstellen in allen Bundesländern

Zum Welttag gegen die Misshandlung alter Menschen am 15. Juni 2023 fordert die BAGSO, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, einen besseren Schutz gegen Gewalt und Vernachlässigung im Erwachsenenalter. So wie Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf staatlichen Schutz haben, gilt dieser auch für Erwachsene in verletzlichen Situationen.

Besonders gefährdet sind Menschen, die auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Bislang fehlen jedoch Strukturen, die gezielt auf den Schutz alter Menschen vor Gewalt, Misshandlung oder Vernachlässigung ausgerichtet sind. Die BAGSO setzt sich deshalb dafür ein, dass in allen 16 Bundes-

ländern Ombudsstellen eingerichtet werden, an die sich Betroffene wenden können.

In den vergangenen Jahren haben einige Bundesländer Pflegebeauftragte eingesetzt, die zum Teil auch die Funktion von informellen Ombudsstellen wahrnehmen. Dazu zählen Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Die BAGSO fordert, dass es solche Anlaufstellen in ganz Deutschland geben muss. Sie sollten sich eng miteinander vernetzen, um Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen. In Verdachtsfällen muss es zudem behördliche und gerichtliche Eingriffsbefugnisse geben, um Schutz garantieren zu können.

Die BAGSO fordert zudem einen offenen Umgang mit dem tabuisierten Thema Gewalt gegen ältere Menschen. Erkenntnisse aus Studien und Erfahrungen aus Projekten weisen darauf hin, dass Gewalt sowohl in der stationären als auch in der häuslichen Pflegesituation in einem Ausmaß vorkommt, dass deutlich über Einzelfälle hinausgeht. Die Erscheinungsformen sind vielfältig und umfassen unter anderem Vernachlässigung, verbale Aggressionen und körperliche Gewalt. Als Ursache wird meist Überforderung genannt, in Wirklichkeit sind die Zusammenhänge häufig komplexer. Nur ein offener Umgang der Gesellschaft mit dem Thema macht es möglich, bedarfsgerechte Unterstützung anzubieten. ■



Vitanas



Länger
besser
leben!

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark





HANSESTADT ROSTOCK

16. Mai „Internationaler Tag gegen Querfeindlichkeit IDAQ“

Am 17. Mai 1990 beschloss die WHO, Homosexualität aus dem Katalog der Krankheiten zu streichen und ab 2018 ist auch Transsexualität keine anerkannte Krankheit mehr.

Aus diesem Anlass wird der 17. Mai international als Tag gegen Querfeindlichkeit begangen.

Nicht nur Jugendliche, auch ältere queere Menschen, müssen heute noch für ihre Rechte und Interessen kämpfen, sei es im Gesundheitswesen, in der Pflege oder in der Beratung. Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat schon vor längerer Zeit beschlossen, Beratungsmöglichkeiten nicht nur für Jugend-



Regenbogenflagge auf dem Rathaus

Fotos: Reinhard Oertel



Eröffnung der Veranstaltung durch die Oberbürgermeisterin

liche sondern auch für ältere queere Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Der Seniorenbeirat der Stadt unterstützt durch die Mitarbeit im Ausschuss für Soziales, Gesundheit

und Migration die Forderung der Bürgerschaft, eine Beratungsstelle für ältere queere Menschen in der Stadt schnellstmöglich einzurichten.

Reinhard Oertel



LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Kreissenorenbeirat von LUP auf Entdeckertour

Auf der Mitgliederversammlung am 13.03.2023 zeigte der Bürgermeister von Dobbertin, Dirk Mittelstädt, den Teilnehmern der Mitgliederversammlung, eine Präsentation mit dem Thema: „Dorf im Dorf, gesund alt werden auf dem Lande“.

Diese Thematik weckte bei allen Mitgliedern großes Interesse und so wurde im Vorstand beschlossen, die nächste Zusammenkunft wird dort stattfinden.

Am 15.06.2023 trafen sich dann die Mitglieder des Kreissenorenbeirates des Landkreises Ludwigslust-Parchim zu ihrer 2. Mitgliederversammlung 2023 in Dobbertin.

Der erste Tagesordnungspunkt war die Besichtigung des Projektes „Dorf im Dorf“ und des Gesundheitszentrums. Die Führung übernahm der Bürgermeister persönlich.

Zuerst schauten wir uns das Gesundheitszentrum von Dobbertin an. Für dieses Zentrum wurde der im Gemeindebesitz befindliche und zentral



Die Mitglieder des Kreissenorenbeirates unter dem Weidenpavillon

gelegene Dreiseitenhof „Biermannsche Hof“ saniert und zum Gesundheitszentrum ausgebaut. Er befindet sich unweit der neu gebauten altersgerechten Wohnsiedlung. Das größte der drei Gebäude ist ein denkmalgeschütztes Hallenhaus aus dem Jahr 1862. Es wurde zu einem Ärztehaus

mit Platz für mindestens drei Arztpraxen ausgebaut. Zum Projekt gehören auch die Außenanlagen. Unter anderem wurden großzügig Stellplätze und Zufahrten geschaffen. Das Hallenhaus ist ein Rechteckbau in Fachwerkbauweise mit Feldsteinsockel und Reetdach.

Die Gesamtinvestition belief sich auf rund 1,97 Millionen Euro. Die Förderung der beiden Nebengebäude des Biermannschen Hofes gehört zu einem der Siegervorhaben des LEADER-Wettbewerbes 2019 „Best-Practice-Beispiele zur Ergänzung und Sicherstellung der ambulanten haus- und kinderärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“.



Das Projekt Dorf im Dorf findet Anklang

In die Räumlichkeiten sind außerdem eine Praxis für Physiotherapie sowie ein Sanitätshaus eingezogen. Eine Goldberger Apotheke brachte einen Briefkasten für Rezepte an. Dieser wird täglich geleert und am nächsten Tag werden die Medikamente ins Haus geliefert.

Die Gesamtinvestition in Höhe von rund 1 Million Euro wurde durch Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ermöglicht. Fazit: Ein super erreichbares Gesundheitszentrum für alle Seniorinnen und Senioren im Dorf, natürlich auch für andere. Wir alle waren sehr beeindruckt.

Jetzt gingen wir weiter zum „Dorf im Dorf“. Grundgedanke bei diesem Projekt war, dass wir alle älter werden und möglichst selbst bestimmt und gesund leben möchten, am liebsten auf dem Lande in einer funktionierenden Dorfgemeinschaft.

„Am Wiesengrund“, mitten im schönen Klosterdorf Dobbertin, wurde dieses Ziel barrierefrei für ein Leben ohne Hürden und Einschränkungen, energieeffizient für dauerhaft niedrigste Nebenkosten und zusätzlich noch mit einem umfassenden Servicekonzept umgesetzt.

Neben der Entwicklung altersgerechter Betreuungsmöglichkeiten im eigenen Zuhause und damit der Stärkung des selbstständigen Wohnens, entstand eine Wohnwelt für Seniorinnen und Senioren, die auf die Bedürfnisse der Bewohner abgestimmt ist.

Die Gestaltung der eigenen Lebenswelt in einem attraktiven und barrierearmen Wohnumfeld sowie die Möglichkeit der sozialen Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten waren bei der Planung die entscheidenden Wohlfühlkriterien. Die barrierefreie Gestaltung im Innen- und Außenbereich war Grundlage für die Entwicklung der Bebauungsstruktur. Die Häuser sind den individuellen Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter entsprechend als 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen für Paare und Alleinstehende entworfen worden. Die Wohnbehaglichkeit und Gesundheit der Bewohner stand im Vordergrund auch bei der Bauweise und den Materialien.

Das bestehende Potenzial in Dobbertin im Bereich der Infrastruktur wird eingebunden in eine Gesamtkonzeption

und ergänzt durch wohnortnahe Dienstleistungsangebote. Hier wurde etwas zur Stärkung des Dorfes als soziale Gemeinschaft mit und für die ältere Generation gebaut.

Dieses Projekt ist sehr nachahmenswert für viele Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern.

Nach der anschließenden Zusammenkunft im Gemeindezentrum, wurden



Das Gesundheitszentrum beherbergt drei Arztpraxen Fotos: Jutta Messer

weitere seniorenrelevante Themen besprochen und Doris Schmid, Vorstandsmitglied, hielt einen Vortrag zum Thema „Bildung im Alter – Möglichkeiten“.

Als sehr schöne kulturelle Einlage, hörten wir einige Frühlingslieder vom Heimatchor Dobbertin. An dieser Stelle möchten wir uns auch bei den ehrenamtlichen Helfern bedanken und unser besonderer Dank gilt unserem Vorstandsmitglied Edeltraut Kinzel, die vor Ort die Organisation übernommen hat.

Jutta Messer

Vorstandsmitglied Kreissenorenbeirat
Landkreis Ludwigslust-Parchim

Seniorenbeirat Ludwigslust im Austausch mit Neubrandenburg

Der 24.05.2023 war für die Mitglieder des Seniorenbeirates Ludwigslust ein aufregender Tag, denn die Mitglieder des Seniorenbeirates Neubrandenburg hatten ihren vereinbarten Gegenbesuch angekündigt.

Im Oktober des vergangenen Jahres hatte der Ludwigsluster Seniorenbeirat die Stadt Neubrandenburg besucht und sich ein Bild von der Arbeit des Neubrandenburger Pendant gemacht, die ganz anders aussieht als in

Ludwigslust. „Aufgrund der Größe unserer Stadt besteht die Arbeit bei uns zu einem großen Teil aus Netzwerkarbeit“, sagt Peter Lundershausen, Vor-

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

sitzender des Neubrandenburger Seniorenbeirates. 36,3 Prozent der Bevölkerung gehören dort zu den Seniorinnen und Senioren. In Ludwigslust sind es 28 Prozent. Bei 65.000 Einwohnenden in Neubrandenburg sind das mehr als in Ludwigslust. Gerade dies war für den Seniorenbeirat Neubrandenburg Anlass, die Stadt Ludwigslust zu besuchen.

Durch den Erstkontakt im Projekt Zukunftswerkstatt Kommunen hatten sie erfahren, dass sich der Seniorenbeirat in Ludwigslust sehr für projektbezogene Arbeiten, wie z.B. Barrierefreiheit in der Stadt, engagiert. Die Neubrandenburger wollten wissen, wie die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Seniorenbeirat in Ludwigslust funktioniert.

Bürgermeister Reinhard Mach ließ es sich nicht nehmen, persönlich von seinen Erfahrungen zu berichten. „Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von gegenseitigem Vertrauen in die Arbeit. Im Seniorenbeirat engagieren sich hochkompetente Menschen mit unglaublich viel Lebens- und Berufserfahrung, die diese ehrenamtlich in unsere Stadt einbringen. Allein für die Barrierefreiheit haben die Mitglieder mehrere hundert Stunden ehrenamtlich gearbeitet, um die Stadt zu begehen und Hinweise zu geben. Dafür bin



Teilnehmende des Austauschtreffens der Seniorenbeiräte Ludwigslust und Neubrandenburg

Foto: Doreen Hammermeister

ich sehr dankbar. Therese Holm, Vorsitzende des Seniorenbeirates Ludwigslust, bestätigt: „Wir werden in viele Prozesse aktiv eingebunden und nach unserer Meinung gefragt. Aber auch wenn wir eigene Ideen einbringen wollen, erhalten wir viel Unterstützung aus dem Rathaus.“ Auch Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreis-seniorenbeirates, die ebenfalls an dem Treffen teilnahm, lobte die hervorragende Seniorenarbeit in Ludwigslust. Peter Lundershausen wies darauf hin, dass eine solche projektbezoge-

ne Zusammenarbeit in Neubrandenburg noch nicht gelebt werde. Auch die Mitarbeit in Ausschüssen, wie es die Mitglieder des Seniorenbeirates in Ludwigslust tun, gibt es in Neubrandenburg noch nicht. Peter Lundershausen berichtete, dass man in Neubrandenburg seit drei Jahren auf generationsübergreifende Arbeit setzt, da die heutigen Jugendlichen und Erwerbstätigen irgendwann auch in das Seniorenalter kommen. „Mit diesem Ansatz können die jüngeren Generationen schon heute die Weichen für ihr Leben im Alter in Neubrandenburg stellen“, so Lundershausen. Ein interessanter Ansatz, der auch in Ludwigslust verfolgt werden könnte.

Das Mittagessen wurde gemeinsam im Bistro Kümcken im CampHus Ludwigslust eingenommen. Am Nachmittag erläuterte Jens Gröger, Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung und Tiefbau, noch einmal die Zusammenarbeit des Seniorenbeirates mit der Verwaltung hinsichtlich der Barrierefreiheit in der Stadt. „Insgesamt war es ein sehr konstruktiver Austausch, den wir gerne fortsetzen wollen“, waren sich die beiden Vorsitzenden der Seniorenbeiräte Therese Holm und Peter Lundershausen einig.

Das nächste Treffen ist bereits vereinbart.

Doreen Hammermeister
Stadt Ludwigslust

LANDKREIS ROSTOCK

Seniorentag von Seniorenbeirat und DRK war ein Erfolg



Landkreis
Rostock
So weit. So gut.

Alle zwei Jahre organisiert der Seniorenbeirat der Stadt Bützow einen Seniorentag. Nach Corona bedingter Pause, sollte es in diesem Jahr endlich wieder einen solchen Tag geben. Dafür holte sich der Beirat mit Mirko Flora, beim DRK Kreisverband Güstrow e.V. verantwortlich für das Quartiersmanagement im Amt Bützow-Land, tatkräftige Unterstützung an Bord.

Erstmalig fand der Aktionstag Ende Juni auf dem Areal des DRK-Seniorenzentrums „Vor dem Rühner Tor“ statt. Schirmherr und Bürgermeister Christian Grüschow eröffnete die gut besuchte Veranstaltung auf der sich neben den Angeboten des DRK viele lokale Partner präsentierten. „Es gab sehr viele gute Gespräche und die Gäste schienen sehr zufrieden

mit den Angeboten“, resümiert Mirko Flora.

Rund 180 Senioren und Seniorinnen folgten der Einladung von Seniorenbeirat und DRK-Quartiersmanagement. Das DRK bot Informationen für ein länger selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld an und informierte über Angebote des Hausnotrufs, der Tagespflege sowie der

ambulanten Versorgung und stellte betreute Wohnformen, wie die am Standort in Bützow neu entstandene Senioren-Wohngemeinschaft, vor. Auch präsentierte DRK-Mitarbeiterin Petra Frieriep ihr Angebot zur allgemeinen Sozialberatung. „Die Gäste waren sehr interessiert und ich freue mich schon darauf ab sofort immer am ersten und dritten Mittwoch im Monat in der Zeit von 8.30 bis 12 Uhr und 12.30 bis 15.30 Uhr Sprechzeiten in der DRK-Begegnungsstätte anbieten zu können“, gibt die Beraterin einen Ausblick.

Besondere Höhepunkte waren die Auftritte der Kinder aus der integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe sowie der DRK-Kita Piporello. „Mit ihrer bunten Darbietung der Vogelhochzeit und aus dem Zirkusleben rissen die Kinder alle in ihren Bann und animierten sogar zum Mitsingen“, zeigt sich Besucherin Waltraud Ehlers von den Aufführungen begeistert. Besonders die Unterstützung vieler Unternehmen und das Sponsoring des Bützower Famila-Marktes habe zum Gelingen



Schirmherr und Bürgermeister Christian Grüschow (r), DRK-Quartiersmanager Mirko Flora und die Seniorenbeiratsvorsitzende Antje Wolff eröffnen den Seniorentag in Bützow.

Foto: Waltraud Ehlers

des Seniorentags beigetragen, resümiert Quartiersmanager Mirko Flora im Namen der Veranstalter.

Die Barrierefreiheit auf dem Gelände des DRK-Seniorenzentrums überzeugte insbesondere die Gäste, die mit einer Gehhilfe oder dem Rollstuhl zur Veranstaltung gekommen waren.

„Da hatte es in den Vorjahren schon mal Schwierigkeiten gegeben“, nennt Mirko Flora einen großen Pluspunkt für den neuen Standort. „Eine Wiederholung ist auf jeden Fall schon in Planung“, gibt er einen Ausblick.

Caroline Awe,
DRK Kreisverband Güstrow e. V.

Seniorenbeirat der Bergringstadt Teterow besucht „Elektro-Fink“

Im Allgemeinen besteht der Glaube, dass ältere Menschen kein Interesse mehr an der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Heimatstadt hätten. Das ist ein Irrglaube, denn von der Wirtschaftskraft der Kommune hängt ja auch die mögliche weitere Entwicklung unserer Heimatstadt ab. Im Seniorenbeirat wurde der Wunsch geäußert, einmal in einem sehr erfolgreichen Unternehmen Erfahrungen zu sammeln und sich auszutauschen.

Im Gewerbegebiet „Vietsmorgen“ ist eine große Fertigungshalle inklusive Bürokomplex entstanden, die das Interesse unserer Mitglieder hervorrief. Aus diesem Grund besuchten Mitglieder unseres Beirates die Firma „Elektro-Fink“. Hans-Jürgen Fink, heute Seniorschef, und sein Sohn Arne, einer

der beiden Geschäftsführer, empfingen uns, erläuterten die Entwicklung des Betriebes und beantworteten unsere Fragen. Danach machten wir einen Betriebsrundgang und Herr Fink erläuterte uns an konkreten Anlagen, welche Materialien eingesetzt und wie die Schaltschränke zusammengebaut werden.

Im Januar 1994 gründete Hans-Jürgen Fink die Firma und begann mit drei Mitarbeitern auf einer Produktionsfläche von 40 Quadratmetern Elektroanlagen zu bauen. Das Familienunternehmen entwickelte sich zunächst in Mecklenburg-Vorpommern zu einem gefragten Betrieb im Elektrobereich. Bald reichte die Produktionskapazität nicht mehr und der Betrieb wurde mehrfach erweitert. Heute ist er deutschlandweit und da-

rüber hinaus ein kompetenter Partner für die Bereiche Energieverteilung, Energiemonitoring, Automation und Engineering.

Das Kerngeschäft ist die Konzipierung und der Bau von Schaltanlagen größerer Dimensionen, z. B. für Fabrikanlagen, große Hotels, Krankenhäuser, große Kaufhäuser bzw. Einkaufszentren. Ganz große Anlagen bis zu 7000 Ampere Stromstärke können heute gebaut werden. Um den heutigen Bedarfen gerecht werden zu können, entschloss man sich zu Neuinvestitionen von fast drei Millionen Euro, kaufte das Land im Gewerbegebiet und baute die große Halle entsprechend den eigenen Vorstellungen.

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Immerhin kommt die Firma heute auf einen Jahresumsatz von rund 6 Millionen Euro.

Bis 2018 führte Herr Fink Senior die Geschäfte allein, dann übernahmen die beiden Söhne Andreas und Arne Fink die Geschäftsführung und entwickeln das Geschäft ständig weiter. Heute, im 29. Jahr, beschäftigt das Familienunternehmen rund 50 Mitarbeiter. Sehr interessant für uns Senioren war auch der Hinweis, dass gegenwärtig 7 Azubis tätig sind. „Junge Leute werden immer gesucht, auch meine Jungs haben mal als Schüler in den Ferien Betriebsluft geschnuppert und Praktika gemacht, deshalb machen wir auch heute noch Wer-



Hans-Jürgen Fink (2 v.r.) weist in der neuen Halle auf die Konstruktionsabteilung im Obergeschoss hin. Foto: Egon Luth

bung an den Schulen“, so der Seniorchef. „Ebenso ist Nachhaltigkeit auch für uns ein großes Thema. Darum haben wir auf dem Dach der neuen mo-

dernen Halle eine Photovoltaik-Anlage installiert, die große Teile unseres Strombedarfs selbst produziert.“

Hans-Jürgen Fink erläuterte uns die Produktionsabläufe und weist in der neuen Halle auf die Konstruktionsabteilung im Obergeschoss hin, die über große Glasflächen mit der Produktions- und Lagerstrecke verbunden ist. Es war für uns ein überaus informativer, optimistischer Nachmittag in einem echten Teterower Familienunternehmen, das in unserer Heimatstadt einen wichtigen Platz als traditionelles Wirtschaftsunternehmen, geführt schon in der 2. Generation, eingenommen hat. Herzlichen Dank dafür.

Egon Luth,
Vorsitzender Seniorenbeirat Teterow

Rosengartenfest im Diakonie-Pflegeheim „Am Rosengarten“

Am 30. Juni fand das Rosengartenfest auf dem Innenhof des Diakonie-Pflegeheims „Am Rosengarten“ statt. Jeden Sommer werden zu diesem Anlass die Wimpelketten herausgeholt und ein rustikaler Backofen aufgebaut.

Bewohner und Mitarbeiter fiebern dem Augenblick entgegen, wenn alle, die möchten und noch können, draußen beisammensitzen und stimmungsvoller Live-Musik lauschen. Regionale Händler bauten auch in diesem Jahr ihre Stände auf und Bäcker Kubin vom Kreativbackstudio stellte seinen Backofen zur Verfügung.



In gemütlicher Runde wurde das Rosengartenfest gefeiert. Fotos: Juliane Brettmann



Festlich war der Hof dekoriert.

Den Kuchenteig herstellen und das Abbacken übernehmen unsere Mitarbeiter der Betreuung. Dabei muss der Backofen regelmäßig mit Holz gefüttert werden, um eine konstante Backtemperatur zu halten.

„Das Rosengartenfest ist eines unserer Highlights im Jahr. Wir feiern den Sommer, die Musik und das Leben. Es ist so schön, den Bewohnern eine besondere Freude bereiten zu können,

abseits des manchmal sehr anstrengenden Alltags“, erklärt Einrichtungsleiterin Hanka Semler. Neben Kaffee und Kuchen kam auch die selbstgemachte Erdbeerbowle der Köche der Diakonie Service GmbH gut bei den Gästen an. Herr Boom spielte altbekannte Hits, zu denen geschunkelt oder getanzt wurde.

Juliane Brettmann
Diakonie Güstrow e. V.

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Glückwünsche für Dr. Ursula Appen zum 100. Geburtstag

Die gebürtige Schwerinerin Dr. Ursula Appen beging am 7. August ihren 100. Geburtstag. Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Schwerin überbrachte durch das Vorstandsmitglied Edgar Macke der Jubilarin die Glückwünsche der Ministerpräsidentin und des Oberbürgermeisters. Die Jubilarin war Zeit ihres Lebens aktiv in der Gesundheitsförderung und sozialen Hilfe tätig. Dafür erhielt sie unter anderem auch das Bundesverdienstkreuz. Im Gespräch zeigte sie sich sehr interessiert an der Arbeit und den Schwerpunkten des Seniorenbeirates. Durch



Edgar Macke überbrachte Dr. Ursula von Appen Geburtstagsglückwünsche
Foto: Edgar Macke

ihre langjährige Mitwirkung im Altenparlament konnte sie viel Interessantes und über viele Begegnungen berichten. Noch heute verfolgt sie diese Themen mit großer Aufmerksamkeit und wünscht auch, auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Edgar Macke
SB Schwerin

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Kreissenorenbeirat auf der Ehrenamtsmesse und dem Tag der Vielfalt

Am 15. April 2023 fand die 16. Ehrenamtsmesse im HKB in Neubrandenburg statt. Sie wurde von der Staatssekretärin im Sozialministerium MV, Sylvia Grimm, eröffnet.



Der Kreissenorenbeirat präsentierte sich dort mit einem eigenen Stand. 49 Aussteller präsentierten ihre Ehrenamtsarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen.

Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit sich über die Möglichkeiten einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu informieren. Am Stand des Kreissenorenbeirates registrierten wir 31 Messegäste, die sich für die Arbeit des Beirates interessierten. Neue Mitstreiter für den Beirat konnten aber nicht geworben werden.

Interessant war auch der Erfahrungsaustausch mit anderen Messteilnehmern zu Fragen der Attraktivitätsverbesserung des Ehrenamtes. Eine Rei-



Staatssekretärin Sylvia Grimm (2. v. l.) informiert sich auf der Ehrenamtsmesse am Stand KSB-MSE.

Foto: Horst Ungelenk

he der Messteilnehmer beklagte eine ungenügende Wertschätzung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit speziell in der Öffentlichkeit.

Als Fazit ziehe ich aus dieser Messe: Der Kreissenorenbeirat hat an Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung zugenommen und die Arbeit als Inte-

ressenvertreter der älteren Bürgerinnen und Bürger wurde von vielen Besuchern begrüßt. Leider konnten wir auf dieser Messe das Mitmachen noch nicht überzeugend darstellen. Es war aber trotzdem eine erfolgreiche Messe.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Am 23. Mai präsentierte sich der Kreissenorenbeirat MSE und der Kreisbehindertenbeirat mit einem gemeinsamen Stand am „Tag der Vielfalt“ im Landratsamt in Neubrandenburg. Ziel war es, den Mitarbeitern der Verwaltung die Arbeit der Beiräte zu erläutern, um somit auch die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit bei ihnen zu erwecken. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzten die Möglichkeit zur



Am Tag der Vielfalt am Präsentationsstand: Eckhard Baresel, Vorsitzender KSB-MSE, Heike Rademacher, Behinderten- und Seniorenbeauftragte LK MSE, Wilfried Böhme, Kreisbehindertenbeirat (v.l.n.r.) Foto: LK MSE Pressestelle

Information an den einzelnen Ständen und in den Vortragsreihen. Wichtig war, dass wir uns den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung des Land-

ratsamtes vorstellen und unser Wirken als Interessenvertreter der älteren Bevölkerung erläutern konnten.

Eckhard Baresel

Kreissenorenbeirat trifft Landrat

Am 02. Mai 2023 fand das jährliche Treffen vom Kreissenorenbeirat mit dem Landrat der Mecklenburgischen Seenplatte statt. Neben dem Landrat Heiko Kärger nahmen vom Kreissenorenbeirat der Vorsitzende Eckhard Baresel, der 1. Stellvertreter Kreissenorenbeirat Peter Lundershausen und das Vorstandsmitglied Wilfried Böhme sowie die Behinderten- und Seniorenbeauftragte des Landkreises Heike Rademacher teil. Zu Beginn des Gespräches übergab der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates dem Landrat den „Bericht des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte zur Arbeit 2022“. Von den Vertretern des Kreissenorenbeirates wurden einige Aktivitäten des letzten Jahres, die im Bericht dargestellt sind, noch einmal kurz erläutert. Schwerpunkt des Gespräches mit dem Landrat war dann die Stärkung der Ak-

zeptanz des Beirates in den Ausschüssen des Kreistages sowie die aktive Einbindung und Beteiligung bei der Erarbeitung von Beschlussvorlagen. Der Beirat fordert an der Erstellung teilzuhaben und nicht nach Beschluss von der Sache zu erfahren. Aus Sicht des Kreissenorenbeirates sollte er in den Ausschüssen, die die Belange der Senioren des Landkreises maßgeblich behandeln, vertreten sein und somit auch ein verbrieftes Rederecht haben. Diese Forderung sah der Landrat als berechtigt an und versprach, dass der Beirat zukünftig im Verteiler der Unterlagen des Sozialausschusses mit den Anlagen aufgenommen wird. Ein weiteres Ergebnis unseres Gespräches war, dass der Kreissenorenbeirat bei einer nächsten Dienstberatung mit den Bürgermeistern über seine Arbeit als Interessenvertreter

der Seniorinnen und Senioren informieren kann.

Die Neugestaltung der Startseite der Homepage des Landkreises wurde angesprochen, um somit die vielen Homepages, die es im Landkreis für die Bürger bereits gibt, in einem Button zu bündeln und somit die Informationsgewinnung der Bürger zu erleichtern. Die Idee wird in naher Zukunft umgesetzt. Im Gesprächsabschnitt Finanzen gab es eine recht einheitliche Meinung – das Ehrenamt darf nicht zuzahlen. Eine Prüfung zur Erhöhung der Finanzmittel für das Jahr 2023 wurde vom Landrat in Aussicht gestellt.

Das Gespräch war von gegenseitigem Verständnis geprägt und fand in einer lockeren und ungezwungenen Atmosphäre statt.

Eckhard Baresel
Vorsitzender KSB MSE

Marktplatz in Stavenhagen wird behindertengerechter

Bei einem Treffen des Bürgermeisters Stefan Guzu mit Wilfried Böhme vom Kreisbehinderten- und Seniorenbeirat am 23. Mai sowie einigen weiteren Teilnehmern mit unterschiedlichen Behinderungen, bei dem auch Stephanie Stoll vom Bauamt zugegen war, wurde über Barrierefreiheit auf und um den Marktplatz gesprochen. Bürgermeister Stefan Guzu begrüß-

te die Teilnehmer und Stephanie Stoll erläuterte, welche Veränderungen auf dem Marktplatz geplant sind. So sollen Blumenkübel und Bänke für eine angenehmere und längere Verweildauer auf dem Marktplatz aufgestellt werden.

Es ist geplant, das Großpflaster in der Dreiecksfläche mit einem gebrauchten Kleinpflaster in rotbuntem Farb-

ton zu ersetzen. Dieses Pflaster hat eine deutlich ebenerdigere Oberfläche, so dass die Befahrbarkeit für Rollator- und Rollstuhlfahrer gegeben ist. Auch neue Fahrradständer in Form von Anlehnbügel werden rund um den Marktplatz aufgestellt. Die derzeitigen Ständer sind so angelegt, dass die Fahrräder oft in die Laufbänder des Gehweges ragen, sodass auf

Hilfsmittel angewiesene Personen schlecht daran vorbeikommen. Im Museum und der Touristenformation gab es den Hinweis, eine Wechselsprechanlage oder wenigstens eine Klingel in Sitzhöhe anzubringen, so dass sich beispielsweise ein Rollstuhlfahrer dort bemerkbar machen kann. Eine Rampe zum Befahren der Treppe ist vorhanden und kann dann schnell und unkompliziert von den dortigen Mit-



v.l.: Raimar Schwarz, Nicole Bergmann, Stefan Guzu, Achim Tschiedel, Wilfried Böhme, Annika Schmalenberg, Eckhard Baresel und Stephanie Stoll
Foto: Stadtverwaltung Stavenhagen

arbeitern aufgestellt werden. Einen barrierefreien Zugang gibt es auch über den Hinterhof. Allerdings muss dieser ebenfalls durch die Mitarbeiter aufgeschlossen werden. Beim Rundgang um den Marktplatz wurden die zugeparkten Laufwege vor der Apotheke bemängelt. Dort sollen im Zuge der Marktplatzgestaltung zwei Parkplätze in Längsrichtung mit Pollern markiert werden, sodass die Laufwege dann freigehalten werden.

Ebenfalls viel frequentiert ist die am Marktplatz befindliche Sparkasse. Hier wurden schon vor einiger Zeit barrierefreie Übergänge geschaffen. Die Mitarbeiter der Sparkasse wurden angesprochen, dass es keinen Hinweis am Haupteingang auf einen barrierefreien Zugang über den Hinterhof gibt. Man versprach, Abhilfe zu schaffen. Ebenfalls ist die mit Muldensteinen ausgeführte Gasse auf dem Marktplatz der Sparkasse für Handrollstuhlfahrer ein Problem. Ein darüber geleg-

tes Lochblech könnte hier für Abhilfe sorgen. Wenn die im Rollstuhl sitzende Annika Schmalenberg verweist, informiert sie sich immer im Internet über barrierefreie Einrichtungen, öffentliche Toiletten etc. Stefan Guzu war sehr dankbar für ihren Hinweis, solche Informationen auf unserer Homepage zu integrieren, denn wenn man selbst nicht eingeschränkt ist, achtet man auf solche Dinge nicht.

Im Ergebnis der Begehung wurde die Vorgehensweise bei der behindertengerechten Gestaltung der Innenstadt sehr gelobt. Solche Maßnahmen wünschen sich die Teilnehmer auch in anderen Städten unseres Landkreises.

Der Bürgermeister dankte den Teilnehmern für ihre Hinweise und versprach, diese zu prüfen und umzusetzen.

Stadtverwaltung Stavenhagen,
Kreisbehindertenbeirat,
Kreissenorenbeirat,
Heike Rademacher

Gemeinsame Sitzung dreier Beiräte

Als Novum zu verzeichnen ist die erste gemeinsame Sitzung der drei Beiräte, Seniorenbeirat Neubrandenburg (SBNB), Kreissenorenbeirat Mecklenburger Seenplatte (KSB-MSE) und Kreisbehindertenbeirat Mecklenburger Seenplatte (KBB-MSE) zum Thema Demenz.



Die Teilnehmer der Sitzung folgen interessiert den Ausführungen
Foto: Jan-Peter Brauer

Als Referenten waren eingeladen Stefanie Köhler, Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e.V. (DZNE) und Uwe Hildebrandt, Vorstand des Netz-

werkes Wir & Demenz Neubrandenburg. Nach der einstimmigen Aufnahme unseres neuen Beiratsmitgliedes Cornelia Goßmann referierte Stefanie Köhler zum Thema: „Unter-

stützende Technologien im Alter und bei Demenz: Was hilft?“

Anhand einer vorliegenden PPP wurde deutlich dargestellt, dass mit jährlich etwa 330.000 Neuerkrankungen zu rechnen ist und insbesondere die Störung der Orientierung, der Auffassung und Lernfähigkeit, der Sprache und des Urteilsvermögens betroffen sein können.

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Es wurden technische Hilfsmittel bei Demenz für die Beschäftigung, für den Wohnkomfort und für die Kommunikation vorgestellt.

Fast alle Menschen möchten älter werden, aber die wenigsten sind gerne alt. Dabei hat das Alter doch auch seine guten Seiten, denn man muss sich und anderen nichts mehr beweisen. Das Leben verlief so, wie es eben verlief, mit allen Höhen und Tiefen. Auf einen reichen Schatz an Erfahrungen und Erlebnissen darf man nun zurückblicken. Und eigentlich könnte man die Dinge nun entspannter angehen. Wenn da nur nicht diese Veränderungen wären, die uns alle beim Älterwerden fordern.

Man verliert geliebte Menschen und wertvolle Weggefährten, der Körper tut nicht mehr, was er soll, und der Geist ist auch nicht mehr so beweglich wie früher. Gerade die Vergesslichkeit im Alter, aber auch die Schwierigkeit, sich mit neuen Dingen auseinander zu setzen, verunsichert viele Menschen.

Wir alle verbinden mit dem Alter eine gewisse Neigung zur Vergesslichkeit. Diese hat nicht nur damit zu tun, dass das Gehirn abbaut, sondern in den meisten Fällen auch damit, dass sich die Funktionsweise unseres Gehirns verändert.

Manche Dinge kann unser Gehirn im Alter weniger gut: Aufmerksamkeit, Orientierung und Konzentrationsfähigkeit sind nicht mehr so ausgeprägt wie mit 20, 30 oder 40 Jahren. Der Vergleich mit unseren Kindern führt einem das besonders gut vor Augen. Sie saugen das Wissen geradezu in sich auf. Selbst eine neue Sprache wird rasch und offenbar mühelos erlernt. Für ältere Menschen ist das alles mit größerer Anstrengung verbunden. Neue Informationen werden vergleichsweise langsamer und selektiver verarbeitet.

Das Alter birgt aber auch Vorteile: Ältere Menschen erscheinen uns häufig



Grafik: Stefanie Köhler

weiser als junge zu sein. Das hat damit zu tun, dass das Gehirn eben, weil es mit der Zeit langsamer arbeitet, vernünftiger reagiert und ältere Menschen auch häufiger beide Gehirnhälften nutzen.

Sie können auf einen größeren Erfahrungsschatz zurückgreifen, denn das Langzeitgedächtnis bleibt bis ins hohe Alter stabil, genauso wie die Sprachfähigkeit und das Allgemeinwissen. Nur im Alter arbeitet unser Gehirn anders.

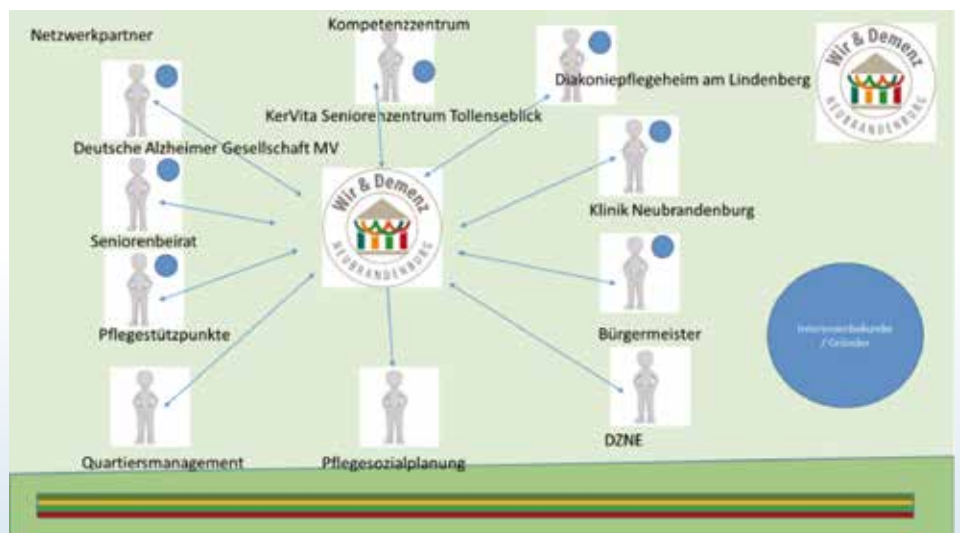
Der Begriff Demenz als häufiges Krankheitsbild des Alters ist inzwischen in unserer Gesellschaft angekommen und mittlerweile ein Thema für alle Altersgruppen.

Herr Uwe Hildebrandt stellte des im Januar 2023 neu gegründete Netzwerk „Wir & Demenz Neubranden-

burg“ vor, indem der SBNB mit zu den Gründungsmitgliedern gehörte. Er zeigte auf, wie das Netzwerk insbesondere durch Entwicklung und Weiterentwicklung von Angehörigenschulungen, Demenz-Partner-Schulungen in den STAK, den Mitarbeitenden von Ämtern, Vereinen, Unternehmen, Polizei und Feuerwehr, den Aufbau von Selbsthilfegruppen und Demenzberatung, durch Information und Beratung die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für eine demenzsensible Stadt unterstützen will.

Welche Ausprägungen es bei Demenzererscheinungen geben kann, wie man damit umgeht und welche Unterstützung möglich ist, haben wir in diesen Vorträgen erfahren.

Peter Lundershausen



Grafik: Uwe Hildebrandt

Nachruf

*Das schönste Denkmal, das ein Mensch bekommen kann, steht in den Herzen der Mitmenschen.
Albert Schweitzer*

Das Ehrenmitglied des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte

Prof. Dr. Dr. Helmut Georg Pratzel

verstarb am 15.07.2023.

Er war Gründer und langjähriger Vorsitzender des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte. Seine Verdienste in der Seniorenarbeit und speziell sein Wirken im Törpiner Forum wurden mit dem **Bundesverdienstkreuz am Bande** und **Bundesverdienstkreuz 1. Klasse** gewürdigt.

Wir werden ihm für alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte

Eckhard Baresel, Vorsitzender

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Welt-Alzheimerstag am 21. September – Demenz – die Welt steht Kopf

Mit der Diagnose Demenz steht die Welt sowohl für die Betroffenen als auch ihre An- und Zugehörigen erst einmal Kopf. Alltagsroutinen, das Miteinander und die Wahrnehmung der Umwelt verändern sich. All das fordert heraus und verunsichert. Viele Menschen mit Demenz ziehen sich zurück: Sie finden sich nicht mehr zurecht, fühlen sich unverstanden. Und doch gehören sie dazu und sollen Teil der Gemeinschaft bleiben!

In diesem Jahr lautet das Motto für den Welt-Alzheimerstag am 21. September und die Woche der Demenz 2023 „Demenz – die Welt steht Kopf“. Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sollen erleben, dass sie trotz der Erkrankung akzeptiert werden und dazugehören. Der Pflegestützpunkt Anklam möchte daher in Zusammenarbeit mit der Sozialplanung des Landkreises Vorpommern-Greifswald und dem Pflegedozenten, André Klementz, eine kostenlose Informationsveranstaltung für alle Interessierten anbieten.

Wann:

21.09.2023 von 10 – 13 Uhr

Wo:

Aula des Lilienthal – Gymnasiums Anklam, Leipziger Allee 22–25, 17389 Anklam

Hinweis: Aufgrund der Baumaßnahmen in der Leipziger Allee ist die Zufahrt nur aus der Richtung Theater möglich, es ist leider kein barrierefreier Zugang vorhanden.

Programm:

10 Uhr – 10:10 Uhr

kurze Begrüßung durch die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes Anklam

10:10 Uhr – 10:30 Uhr

Informationen zum Demenzfachtag des Landkreises Vorpommern-Greifswald durch Melanie Baschin von der Sozialplanung

10:30 – 12:30 Uhr

Fachvortrag durch André Klementz (Pflegedozent)

Thema: „Validation“ – eine Kommunikationsmethode, um mit dementen Menschen in Kontakt zu treten

12:30 – 13:00 Uhr

Fragen rund ums Thema Pflege an Herrn Klementz bzw. die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes Anklam.



Stützpunkt

Anklam

Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

30 Jahre Seniorenbeirat in der Hansestadt Stralsund

Seit 1993 gibt es den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund. Die Europäische Gemeinschaft hatte das Jahr 1993 zum „Europäischen Jahr der älteren Menschen und der Soli-

dargemeinschaft der Generationen“ benannt. Davon ausgehend trafen sich auf Einladung des Sozialamtes am 19. August 1993 Vertreter von Vereinen, Verbänden, Organisationen zur Bildung

eines Seniorenbeirates in der Hansestadt Stralsund. Nachfolgende Beratungen befassten sich mit der Satzung, die am 07. April 1994 von der Bürgerschaft bestätigt wurde.

Seit 1995 ist der Seniorenbeirat im § 18 der Hauptsatzung der Hansestadt enthalten.

Diese Festlegung ist die kommunalrechtliche Grundlage für die langjährige erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats. Die 30 Mitglieder werden nach den Kommunalwahlen für 5 Jahre von der Bürgerschaft berufen.

Der Vorstand wird gewählt und alle Mitglieder werden in Arbeitsgruppen tätig. Ziel aller Aktivitäten seit 30 Jahren war und ist es, die Interessen der Seniorinnen und Senioren zu vertreten - in der Bürgerschaft, in Gremien der Hansestadt, im Altenparlament, im Landesseniorenbeirat und im Kreissenorenbeirat.

Wir wollen dabei mitwirken, älteren Menschen ein sicheres soziales Umfeld zu schaffen, lebenslanges Lernen zu ermöglichen, sportliche Aktivitäten zu fördern, Lebensfreude im Alter zu bieten sowie durch Prävention vor kriminellen Handlungen zu schützen. Das generationsübergreifende Miteinander-Füreinander, der Dialog zwischen Alt und Jung, ist seit Jahren Schwerpunkt der ehrenamtlichen Arbeit im Seniorenbeirat.

Nachstehende Auswahl von Aktivitäten, Veranstaltungen und Projekten zeigen das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder des Seniorenbeirats von den Anfängen bis heute:

Seit 1994 veranstaltet der Seniorenbeirat die Seniorenkulturtag mit dem „Fest der Generationen“ im Zoo. Am 3. Juli 2022 fand das 14. Fest dieser Art statt. Kombiniert mit dem 47.

ZooFest ist dies eine Großveranstaltung für die ganze Familie. Der Seniorenbeirat und das Team vom Zoo organisierten gemeinsam ein unterhaltsames Bühnenprogramm mit Präsentationen und Angeboten für Jung und Alt.

Seit 2000 besteht die Zusammenarbeit zwischen der IGS Grünthal und dem Seniorenbeirat. Erste Computerlehrgänge, in denen Senioren unterrichten, wurden durchgeführt. In Fußballturnieren traten Schüler, Lehrer, und Senioren im fairen Wettkampf gegeneinander an. Fünf Fotoausstellungen von Schülern und Senioren über die Geschichte Stralsunds, über Baumeister der Stadt, Gärten und Höfe wurden erarbeitet und in der Öffentlichkeit gezeigt.

Seit 2001 besteht die Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und dem Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund zum Thema „Mehr Sicherheit für Senioren“. Seit dieser Zeit fand bis zur Corona-Unterbrechung jährlich das allseits beliebte Konzert des Landespolizeiorchesters im Theater statt.

Seit 2002 erscheint jährlich der „Seniorenratgeber“ mit Informationen und Angeboten für ältere Bürger in Stralsund und Umgebung. Er entsteht in der Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat, dem Sozialdienst der Kreisverwaltung Vorpommern-Rü-

gen und der Verlagsgesellschaft der „Zeitung am Strelasund“. Zusätzlich informieren wir regelmäßig in der „Zeitung am Strelasund“ über unsere Aktivitäten.

Zahlreiche öffentliche Foren und Informationsveranstaltungen werden angeboten zu Themen Kriminalitätsprävention, Verkehrssicherheit, Wohnen im Alten, Pflege und Gesundheitsvorsorge.

Vertreter des Seniorenbeirats nehmen an Ausschusssitzungen der Bürgerschaft teil und äußern sich zu seniorenrelevanten Themen. Mit dem Präsidenten der Bürgerschaft finden regelmäßig Zusammenkünfte statt.

Der Seniorenbeirat beteiligt sich an der Prüfung für ein „barrierefreies Stralsund“ und der Verleihung der „Plakette Barrierefrei“ an Einrichtungen und Unternehmen und befasst sich mit dem örtlichen Personennahverkehr.

Vor 8 Jahren wurde das Projekt „Senioren ans Netz – Mach mit“ gestartet. Seither werden jährlich 20 Veranstaltungen zum Umgang mit dem Computer, dem Internet und dem Smartphone durchgeführt. Insgesamt nutzten zirka 2400 Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit sich mit den neuen Medien vertraut zu machen. Die Nachfrage ist bisher ungebrochen. 2022 wurden in Stralsund erstmals auch Silversurfer ausgebildet.

„Generation Beatles- auf zur Party“ unter diesem Motto fanden mehrere Tanzveranstaltungen mit Kultureinlagen statt.

Das Projekt „Seniorinnen ans Lenkrad“ hat zahlreiche Seniorinnen nach Fahrpausen wieder fit für das Autofahren gemacht.

Das Projekt „Gartenglück- Gemeinsam gärtnern macht stark“ begann im Herbst 2017. Auf dem Gelände vom Stralsunder Zoo entstand in ehrenamtlicher Arbeit mit Unterstüt-



zung vom Zoo und Hilfe von Sponsoren „Ein Garten für alle“. Mitmachen kann jeder. Wer Lust an Gartenarbeit und Geselligkeit hat, ist herzlich willkommen und meldet sich bitte an unter 03831-302018 oder kommt einfach zum Bauerngarten im Stralsunder Zoo. Vom Montessori-Kinderhaus in Grünhufe ist eine Gruppe „KinderGärtner“ ebenfalls aktiv dabei. Öffentlichkeitsarbeit ist seit Gründung des Seniorenbeirats ein Schwerpunkt. Neben den Veröffentlichungen in der lokalen Presse, durch Flyer

und durch Präsentationen auf Veranstaltungen, wie die Ehrenamtsmesse, steht die Homepage www.seniorenbeirat-stralsund.de mit aktuellen Informationen zur Verfügung. Seit 2017 gibt es den „Förderverein Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund e.V.“ zur erfolgreichen Unterstützung der Finanzierung von Projekten. Die Hansestadt Stralsund wurde 2017 im Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ mit dem 1. Platz geehrt. Bereits 2007 belegte Stralsund einem 2. Platz.

Der Seniorenbeirat hatte durch seine Aktivitäten und Projekte großen Anteil daran. Der Dank geht an alle derzeitigen und ausgeschiedenen Mitglieder des Seniorenbeirats, an Vereine, Verbände und Organisationen, an die Bürgerschaft der Hansestadt, an die Stadtverwaltung, an Sponsoren und an viele Bürgerinnen und Bürger, die die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirates 30 Jahre lang unterstützten und dies auch weiterhin tun.

Dr. Georg Weckbach
Vorsitzender

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Landkreis
Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

NAHBUS Wismar – „Deutschlandticket“

Voller Freude überreichte Jörg Lettau, Geschäftsführer der NAHBUS Nordwestmecklenburg GmbH, symbolisch Landrat Tino Schomann das „Deutschlandticket für Senioren“. Viele gemeinsame Gespräche waren notwendig, um das Ticket für die Senioren ab dem 65. Lebensjahr zu ermöglichen. Gerade der Landesseniorenbeirat MV hat bei den Verhandlungen nicht nachgelassen und war erfolgreich.

Nach Einführung merken wir jedoch, dass diverse Gruppen wie Erwerbsminderungsrentner sowie Rentner unter 65 Jahren (langjährig Versicherte) nicht berücksichtigt wurden. Hier erreichen den Landesseniorenbeirat zahlreiche Anfragen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir auch weitere Wünsche im Sinne der Senioren realisieren können.

Karin Lechner



Foto: Lechner

Übergabe des „Deutschlandticket für Senioren“ am ZOB Wismar v.l.n.r. Jörg Lettau, Geschäftsführer der NAHBUS NWM GmbH, Stefan Wiedme,r Geschäftsführer des Verkehrsverbunds Warnow, Karin Lechner, Vorsitzende des Seniorenbeirats Wismar, Tino Schomann, Landrat des Landkreises Nordwestmecklenburg

„Lerne von der Geschwindigkeit der Natur:
ihr Geheimnis ist Geduld.“

Ralph Waldo Emerson (1803–1882) US-amerikanischer Philosoph und Schriftsteller

Landessportspiele Mecklenburg-Vorpommern in Ahlbeck

Seit 1995 finden die Landessportspiele Mecklenburg-Vorpommern alle 2 Jahre in unterschiedlichen Städten statt. Mecklenburg-Vorpommern erlebte ein breitensportliches Großereignis mit besonderem Flair.

Am 24. Juni wurden die Landessportspiele in Ahlbeck auf Usedom ausgetragen und sorgten für unvergessliche Momente im Sport. Ohne Unterstützung unserer Partner aus Sport, Politik und Wirtschaft wäre diese tolle Veranstaltung nicht möglich gewesen.

Die Teilnehmer des Landkreises Nordwestmecklenburg fuhren mit drei großen Bussen zu den einzelnen Sportstätten. Traditionsgemäß wurden wir bei unserer Abfahrt nach Ahlbeck in aller Frühe an den einzelnen Standorten von unserer Politik mit Verpflegung versorgt.

Neben den Wettbewerben boten die Landessportspiele auch ein vielfältiges Rahmenprogramm für Jung und Alt. Mit einem großen Dankeschön, auch an alle ehrenamtlichen Helfer bei der Durchführung dieser Spiele, wurden wir vom Präsident der Landessportspiele M-V e. V. Andreas Bluhm verabschiedet.



Karin Lechner Gut gelaunte Teilnehmer aus Nordwestmecklenburg

Foto: Lechner

10 Jahre Pflegestützpunkt Grevesmühlen und Wismar



In diesem Jahr feiert der Pflegestützpunkt Nordwestmecklenburg sein 10-jähriges Jubiläum.

Wir erinnern uns gut an das Jahr der Gründung. Hier waren im Vorfeld viele Verhandlungen notwendig.

Um aufzuzeigen, wo Hilfe gebraucht wird, war eine Zusammenarbeit mit

den Seniorenbeiräten unerlässlich. Auf Initiative der Mitarbeiter des Pflegestützpunktes wurde beschlossen, dass statt einer Feier zu ihrem Ehrenfest, Schulungen durchgeführt werden sollen.

Zu diesem Anlass fanden am 28. Juni in der Kreisverwaltung Wismar diver-

se Themenvorträge mit anschließender Fragerunde statt.

Es wurde über die Themen Wohnen im Alter, Vorsorgevollmacht, Nachbarschaftshilfe und Hilfe zur Pflege referiert und anschließend diskutiert.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates der Hansestadt Wismar laden am 20. September 2023 ins Zeughaus ein. Hier möchten wir gemeinsam mit den Senioren und den Mitarbeitern des Pflegestützpunktes das 10-jährige Bestehen feiern.

Karin Lechner

Wenn Pflegeheime in die Insolvenz gehen

BIVA-Pflegeschutzbund fordert Sicherungssystem für Bewohner

Immer mehr Pflegeheimbewohner werden Opfer der zunehmenden Insolvenzen von Pflegeheimbetreibern. Sie verlieren ihr Zuhause mit verheerenden psychischen und physischen Folgen. Der BIVA-Pflegeschutzbund fordert daher die Einführung eines wirkungsvollen Betriebssicherungssystems zum Schutz der Betroffenen vor einem erzwungenen Umzug und nimmt dabei die Länder in die Pflicht.

Der Betrieb von Pflegeheimen ist in Deutschland marktwirtschaftlich organisiert. „Bei der Insolvenz von Pflegeheimen schlägt das marktwirtschaftliche System in voller Härte zu“, beobachtet derzeit Dr. Manfred Stegger, Vorstandsvorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes.

„Wenn eine Einrichtung schließen muss, sind die Bewohnerinnen und Bewohner am schwersten betroffen. Die Schließung führt zum dramati-

schen Verlust ihrer Lebensgrundlage.“ Zwar muss bei einer Kündigung ein anderer Heimplatz nachgewiesen werden, aber man wisse aus der BIVA-Beratungsarbeit, dass ein erzwungener Umzug in der letzten Lebensphase quälend und leidvoll für die Menschen ist und zum völligen Verlust des Lebenswillens führen kann. „Die Marktwirtschaft in der Pflege stößt hier an ihre menschlich ertragbaren Grenzen“, beklagt Stegger.

Bei Insolvenzen von Pflegeheimen gelten im Prinzip die gleichen Schutzsysteme, wie in anderen Branchen. Neben einem umfassenden Gläubigerschutz gibt es Schutzvorschriften für die Beschäftigten. Einen umfassenden Schutz für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner gibt es dagegen bisher nicht.

Der BIVA-Pflegeschutzbund, der unter anderem die Verbraucherrechte von Pflegebedürftigen wahrnimmt,

fordert daher ein eigenes kollektives Sicherungssystem zum Schutz dieser vulnerablen Marktteilnehmer. „Dieser Personenkreis ist in einer solchen Notsituation nicht mit Kunden anderer Sektoren zu vergleichen.

Sie bedürfen der umfassenden Hilfe der Gesellschaft. Hier müssen neue gesetzliche Regelungen greifen, die einen Weiterbetrieb der betroffenen Pflegeheime gewährleisten, um den Bewohnerinnen und Bewohnern eine sichere Unterkunft und verlässliche Versorgung zu bieten.“

Denkbar wäre etwa ein branchenfinanzierter Fonds oder ein staatliches Sicherungssystem. Eine wichtige Rolle müssten dabei die Länder spielen, zu deren gesetzlichen Aufgaben ohnehin „die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur“ gehört (§ 9 SGB XI). ■

Unabhängiger Beirat für Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Empfehlungen für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Bundesseniorenministerin Lisa Paus hat am 13. Juli den zweiten Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf entgegengenommen.

Die Mitglieder haben in fünf Kapiteln dargelegt, wie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser gelingen kann. Kern des Berichtes sind zukunftsweisende Empfehlungen zur Ausgestaltung einer praxistauglichen Familienpflegezeit und zur Einführung eines neuen Familienpflegegeldes für häuslich pflegende Erwerbstätige.

Darüber hinaus enthält der Bericht wichtige Ausführungen speziell zu

Pflegenden in kleinen und mittelständischen Unternehmen und auch zu der besonderen Situation von Angehörigen, die pflegebedürftige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene versorgen.

Die Ministerin dankte den 21 Mitgliedern des Beirats für die engagierte und ehrenamtliche Arbeit.

„Pflegende Beschäftigte leisten Enormes. Sie stehen vor der täglichen Herausforderung, Pflege und Beruf in Einklang bringen zu müssen.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist eine große gesellschaftspolitische Aufgabe und ein zentraler Baustein zur Eindäm-

mung der Pflegekrise. Sie gehört deshalb zu meinen vorrangigen Vorhaben als Seniorenministerin.

Auch mit Blick auf die Bekämpfung des branchenübergreifenden Fachkräftemangels gilt für mich: Ich will den pflegenden Angehörigen und Nahestehenden Wege ebnen, damit sie weiter berufstätig sein können.

Dies beugt auch Altersarmut vor. Deshalb arbeitet mein Haus aktuell an einer grundlegenden Reform zur Sicherstellung einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

Pflegende Erwerbstätige brauchen dringend mehr Zeit und mehr Flexibilität, denn Pflegeverläufe sind nicht planbar. Wir wollen über nahe Angehörige hinaus alle Nahestehenden einbeziehen, da dies unserer gelebten sozialen Realität entspricht.

Ich setze mich dafür ein, dass pflegebedingte Einkommenseinbußen, jedenfalls teilweise, ausgeglichen werden, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. Die Empfehlungen des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf liefern für unsere Reform wichtige Ansätze.

Wir bleiben mit den Expertinnen und Experten des Beirats in engem Austausch“, so die Bundesseniorenministerin Lisa Paus. Der zweite Bericht

spiegelt die Vereinbarung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz weiterzuentwickeln. Die Bundesregierung arbeitet intensiv an der Vorbereitung einer grundsätzlichen Reform der Familienpflegezeit. Ziele der Reform sind, den Verbleib in Beschäftigungsverhältnissen zu fördern, Einkommensverluste zu verringern, eine geschlechtergerechte Aufteilung der Pflegeverantwortung zu begünstigen und dabei die berechtigten Interessen der Arbeitgeber im Blick zu behalten.

Hintergrund:

Ende des Jahres 2021 waren in Deutschland nach Daten des Statistischen Bundesamts fast 5 Millionen Menschen pflegebedürftig. 84 Prozent von ihnen

wurden zu Hause versorgt, mehrheitlich durch Angehörige und Nahestehende. Von den 5,3 Millionen pflegenden Angehörigen und Nahestehenden waren drei Millionen erwerbstätig. Der Großteil der informellen Pflege wird weiterhin von Frauen geschultert.

Der Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurde 2015 durch das Bundesfamilienministerium eingesetzt. Er befasst sich als nicht öffentliches Gremium mit allgemeinen und spezifischen Fragen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Der Beirat besteht aus 21 Vertreterinnen oder Vertretern unter anderem aus den fachlich betroffenen Interessenverbänden sowie Politik und Wissenschaft. Die Mitglieder werden vom Bundesfamilienministerium berufen. ■

Pflege: Paritätischer begrüßt Anhebung Mindestlohn

Es braucht aber auch verlässliche Refinanzierung

Die von der Pflegekommission empfohlene Anhebung des Mindestlohns in der Altenpflege um bis zu 14 Prozent auf künftig 16,10 bis 20,50 Euro pro Stunde begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband als wichtigen und richtigen Schritt.

Gleichzeitig fordert der Verband die Politik auf, für eine verlässliche Refinanzierung zu sorgen, damit Mehrkosten nicht weiter zu Lasten von Pflegebedürftigen gehen. Im Bündnis mit anderen Sozial- und Pflegeverbänden sowie Gewerkschaften fordert der Verband eine solidarische Pflegevollversicherung, in der alle pflegebedingten Kosten übernommen werden. „Die Anhebung des Pflegemindestlohns ist fällig und

angemessen. Es muss jedoch für eine vernünftige Refinanzierung gesorgt werden, damit die Anhebung nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen geht.

Pflegebeschäftigte dürfen nicht gegen Pflegebedürftige ausgespielt werden“, warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Der Verband verweist auf die extrem gestiegenen Eigenanteile von im Durchschnitt 2.700 Euro pro Monat in der stationären Pflege, die von Pflegebedürftigen schon jetzt vielfach nicht leistbar sind. Und im ambulanten Bereich komme es in der Praxis zu Unterversorgungslagen, da Betroffene nötige Pflegeleistungen aus finan-

ziellen Gründen nicht in Anspruch nehmen.

Perspektivisch seien beim Pflegemindestlohn zudem noch weitere Anhebungen nötig, die Ampel selbst hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Anhebung auf das Niveau der Löhne im Krankenhaus angekündigt. „Gute Pflege kostet Geld und gehört auch gut entlohnt“, so Schneider. Die Pflegeversicherung müsse daher komplett reformiert werden, um den Herausforderungen gerecht zu werden. „Was es braucht, ist eine solidarische Pflegeversicherung, die Pflegeleistungen auch wirklich umfassend übernimmt“, fordert Schneider.

Mehr Infos: www.solidarische-pflegevollversicherung.de

**Es gibt Menschen, die sich immer angegriffen fühlen,
wenn jemand eine Meinung ausspricht.**

Christian Morgenstern (1871–1914), deutscher Dichter

Geriatric und Palliativmedizin

Krankheiten älterer Menschen im Fokus

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat seit 1989 verbindlich definiert: Die medizinische Spezialdisziplin Geriatrie, auch Alters- oder Altenmedizin bzw. -heilkunde genannt, beschäftigt sich mit den präventiven, klinischen, rehabilitativen und sozialen Aspekten von Krankheiten bei älteren Menschen sowie mit den auftretenden Unfallfolgen.

Patienten haben häufig das 70. Lebensjahr erreicht, sind aber meist über 80 Jahre alt und leiden vermehrt unter gesundheitlichen Komplikationen. Der Begriff wurde erstmals von

Ignatz Leo Nascher verwendet, einem aus Wien gebürtigen Arzt, der in den USA tätig war.

Geriatrie ist nicht zu verwechseln mit Palliativmedizin, die nicht für Heilung, sondern für Linderung der Beschwerden bei begrenzter Lebenserwartung steht.

1991 stellte eine Expertenkommission der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie ein Begriffskonzept auf, das „170 Dimensionen geriatrischer Medizin“ umfasst. Eine europäische Definition wurde 2008 auf Malta formuliert und in Ko-

penhagen für verbindlich erklärt. Alterssymptome sind u. a. Intelligenzabbau infolge der verschiedenen Arten von Demenz, Hirnleistungsstörungen mit zunehmender Einschränkung der Sinne (Sehen, Hören, Tasten, Gleichgewicht, Geschmack, Durstgefühl) und zunehmendes Risiko von Stürzen.

Hinzu kommen Inkontinenz der Blase oder des Darms und der allmähliche Verlust oder Abbau von Gewebeflüssigkeit. Ziel ist, die Selbstständigkeit der älteren Menschen so lange wie möglich zu erhalten.

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Bernd Rosenheinrich (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.

Nachdruck mit Quellenangabe ge-
stattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. August 2023;
Redaktionsschluss für Nr. 4/2023:
7. November 2023

Wi Meckelbörger

*Ganz baben an de Waterkant
liggt Meckelborg, mien Heimatland,
un liggt woll bäten ut de Richt;
un soans kümmt de Meinung licht:
Wi sünd in all's wat achteran,
un wo man uns wat brüden kann,
glik sünd se dor mit ehr Gefopp
von wägen unsen Büffelkopp.*

*Un is dat ok in Spaß blots meint –
hett Meckelborg dit woll verdeint?
Stünn Meckelborg nich sienen Mann?
Kiekt juch de Weltgeschichte mal an!
Hett Meckelborg sien Deil nich dahn,
dat wi hüt hoch in Anseihn stahn?
Drei Namen blot gäw ick juch kund,
de sünd noch hüt in aller Mund!
(Königin Luise, Blücher und Graf Moltke)*

*So stahn wi noch tau jeder Tied
as äbenbürtig juch tau Sied;
Wi hefft woll nich dat heite Blaud,
doch dorüm sünd wi just so gaud –
wi meint dat tru un hollen Wurt!
Dat wier von jeher „plattdütsch Ort“,
un „dütsch“ sünd wi mit Hart un Sinn –
mit Stolt ick Meckelbörger bün!*

Rudolf Tarnow (1867–1933) / Niederdt. Dichter und Schriftsteller



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de